



2014

BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

BERGISCHE SCHRIFTEN  
DER POLITIKWISSENSCHAFT

Serie II Studienschriften NR. 1

**Politische Zusammenarbeit  
zwischen der EU und Georgien im  
Bereich der Energie und  
Konfliktregulierung**

Gaios Tsutsunashvili

ISSN 1868-338X

# BERGISCHE SCHRIFTEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Serie II Studienschriften Nr. 1  
Ausgabe 01/2014

## **Politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien im Bereich der Energie und Konfliktregulierung**

Gaios Tsutsunashvili



Impressum

HerausgeberIn:  
Prof. Dr. Maria Behrens  
Prof. Dr. Hans J. Lietzmann  
Fach Politikwissenschaft FB G  
Bergische Universität Wuppertal  
Gaußstraße 20  
42119 Wuppertal

Layout: Helena Bergfeld

ISSN 1868-338X

## Inhalt

Einführung.....	4
1. Fossile Energiequellen .....	5
1.1. Die Energiepolitik der EU im Bereich der fossilen Energieträger.....	5
1.2.1. EU-Energieaußenpolitik und Russland .....	6
1.2.2. Energiepolitik als ein zentraler Faktor der russischen geopolitischen Strategie.....	8
1.2.3. Russlands Pipelinepolitik der Einkreisung.....	9
1.2.4. Divide et impera .....	10
1.2.5. Die Gaskriege des Kremls.....	12
1.3.1. Diversifizierung der Energiebezugsquellen und der Transitrouten.....	13
1.3.2. Die Zusammenarbeit der EU und der kaspischen Länder im Bereich der fossilen Energie .....	14
1.3.3. Südlicher Korridor.....	15
1.3.4. Georgien als Transitland für die kaspischen Erdöllieferungen nach Europa.....	17
1.3.5. Kaspische Erdgasressourcen und die EU .....	19
2.1. Geopolitische Implikationen für Georgien.....	22
2.2. Georgisch-Russischer Krieg.....	25
2.3. Wertung .....	28
2.4. Sicherheitspolitische Motive Georgiens für die künftige Zusammenarbeit mit der NATO und der EU .....	29
2.5. Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien nach dem August-Krieg .....	31
3. Erneuerbare Energiequellen .....	33
3.1. Diversifizierung des Energiemixes .....	33
3.2.1 Die Energiepolitik der Europäischen Union im Bereich der erneuerbaren Energiequellen.....	34
3.3. Wasserkraft.....	37
3.4. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien im Bereich der Hydroenergie ...	39
Zusammenfassung .....	41
Literaturverzeichnis.....	44

## Einführung

Energie gehört zu dem lebenswichtigen Grundstoff nicht nur für die Industrie, Verkehr und Dienstleistungssektor, sondern auch für private Haushalte und somit für jeden einzelnen von uns. Somit ist die Energieversorgungssicherheit ein zentrales Thema für die Europäische Union, „weil eine sichere und bezahlbare Energieversorgung eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftsentwicklung, Wohlstand und damit auch Frieden ist.“<sup>1</sup> Deswegen ist nicht verwunderlich, dass die Diskussion über die aktuelle Energiepolitik eine weite Verbreitung in den Medien und in der öffentlichen Wahrnehmung fand. Der Grund für diese anhaltende Debatte ist zum einen die Häufung der extremen Wetterphänomene und die Prognosen des Klimarates der Vereinten Nationen über die künftige Klimaentwicklung. Zum anderen spielen auch die Gas- und Ölpreiserhöhungen sowie die Lieferausfälle und Engpässe in Folge von Gaskonflikten zwischen Russland und einigen Transitländern eine wichtige Rolle.<sup>2</sup>

Aus diesen Gründen ist die Europäische Union bemüht, die künftige Energieversorgungssicherheit der Mitgliedsländer dadurch zu verbessern, dass sie einerseits die Bezugsquellen und Transitrouten diversifiziert. Andererseits möchte sie die Diversifizierung des Energiemixes durch den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen vorantreiben, um ihre Importabhängigkeit von unsicheren Energielieferanten zu verringern.

In beiden Fällen könnte Georgien für die EU eine wichtige Rolle spielen. Die Energiepolitik könnte daher zu einem treibenden Motor für die europäische Integration des Landes werden.

Von dieser Grundüberlegung ausgehend werden folgende drei Fragen im Mittelpunkt der Arbeit stehen:

Wie könnte die EU ihre Energieversorgungssicherheit künftig gewährleisten?

Welche Rolle kann dabei Georgien spielen?

Warum könnte die Energiepolitik eine inhaltliche Basis für die europäische Integration der Republik Georgien werden?

Ableitend aus dieser Fragestellung werde ich die ganze Arbeit in drei große Einheiten einteilen. Zunächst werden die Schwierigkeiten in Bezug auf die Energiepolitik der EU im Bereich der fossilen Energieträger erläutert. In diesem Zusammenhang wird vor allem die Energieimportabhängigkeit von Russland als problematisch eingestuft. Dies ergibt sich vor allem daraus, dass Moskau seine Energieressourcen in letzter Zeit oft zu politischen Zwecken instrumentalisiert. In diesem Zusammenhang werden auch die so genannten Gaskriege des Kremls sowie die russische Pipelinepolitik thematisiert. Als hinderlich für die europäische Energieversorgungssicherheit wird ebenfalls die Tatsache angesehen, dass die EU-Staaten keine gemeinsame europäische Energiepolitik gegenüber dem Kreml verfolgen können.

Im nächsten Schritt werden die Bemühungen der EU beleuchtet, die Importabhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern zu verringern. Dabei wird vor allem die Diversifizierung der Bezugsquellen und Transitrouten die wichtigste Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Energieressourcen aus dem kaspischen Becken und der so genannte südliche Energiekorridor von einer immensen Bedeutung. Georgien als das wichtigste Transitland spielt dabei eine Schlüsselrolle. Anschließend werden geopolitische Implikationen für Georgien im Spannungsfeld der russisch-europäischen Energiekonflikte sowie der russische-amerikanischen geopolitischen Gegensätze näher analysiert. Im Rahmen dieser Analyse wird der Kaukasuskonflikt vom August 2008 eine zentrale Rolle spielen. Im nächsten Schritt wird die georgische Perspektive auf die europäische Energiepolitik dargestellt. Wir werden sehen, dass die Integration in westliche Strukturen, wie die NATO

---

<sup>1</sup> Nötzold, Antje, 2011 S. 214

<sup>2</sup> Vgl. Geden, Oliver; Fischer, Severin; 2008: S. 13

oder die EU, das wichtigste sicherheitspolitische Ziel des Landes darstellt. Dabei versucht die georgische Regierung, die wichtige geopolitische Lage als ein strategisch bedeutendes Energietransitland zum treibenden Motor der Integration zu machen.

Schließlich wird die Kooperation zwischen der EU und Georgien nach dem Kaukasuskonflikt bewertet. Dabei wird eine Vielzahl an den europäischen Aktivitäten sichtbar, welche auf eine stärkere Integration des Landes in die EU abzielen.

In der dritten und somit letzten thematischen Einheit der Masterarbeit wird einerseits die Energiepolitik der Europäischen Union im erneuerbaren Energiegebiet näher betrachtet und andererseits wird die mögliche Kooperation zwischen der EU und Georgien im Bereich der regenerativen Energien analysiert. Dabei wird die Wasserkraft aufgrund ihres hohen wirtschaftlichen Potentials in Georgien als sehr vielversprechend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit eingestuft.

Das Ende der Arbeit bildet die zusammenfassende Schlussbetrachtung. Der Autor der vorliegenden Arbeit vertritt im Rahmen der Schlussbetrachtung die Ansicht, dass die Energiepolitik die europäische Integration der Republik Georgien vorantreiben kann, da die Kooperation in diesem Bereich für beide Seiten wichtige wirtschaftliche und politische Vorteile verbirgt.

In Bezug auf den Forschungsstand lässt sich sagen, dass die Fachliteratur, die sich primär mit der aktuellen energiepolitischen Situation zwischen der EU und Georgien befasst, eine Rarität darstellt. Eine solche Ausnahme bildet die Arbeit von German mit dem Titel Pipeline politics: Georgia and energy security. Allerdings behandelt Germans Arbeit nicht die Zusammenarbeit im Bereich der Wasserkraftenergie. Des Weiteren gibt es einige wissenschaftliche Aufsätze sowie Stiftungsberichte, die den einen oder anderen Aspekt dieser energiepolitischen Kooperation beleuchten. Besonders hervorzuheben sind dabei vor allem die Aufsätze von Umbach, Meister oder Gumpel. Es gibt aber auch einige Autoren wie z.B. Tsereteli, Müller oder Becher, welche die georgische Perspektive dieser Kooperation besonders treffend zum Ausdruck bringen.

## **1 Fossile Energiequellen**

### **1.1 Die Energiepolitik der EU im Bereich der fossilen Energieträger**

Bekanntlich gehört die EU international zu dem wichtigsten Vorreiter auf dem Gebiet der regenerativen Energiequellen. Dabei ist zwar die Förderung der erneuerbaren Energien langfristig ein Schritt in die richtige Richtung, aber gleichzeitig darf man sich nicht der Erkenntnis verschließen, dass kurz- und mittelfristig eine völlige Unabhängigkeit von Erdöl, Gas und Kohle nicht realistisch sein kann. Daher sollten die EU-Mitgliedsländer darum bemüht sein, künftig die Energieversorgung durch fossile Energiequellen effizienter zu gestalten; denn aufgrund der steigenden Energienachfrage und dem damit einhergehenden rapiden Anstieg der Energiepreise wird die Energieversorgung der eigenen Bevölkerung und der Industrie zu den wirtschaftlich vertretbaren Preisen immer schwieriger. Dabei wird nach den neuesten Schätzungen der Internationalen Energieagentur im Jahr 2030 der Importbedarf an Erdöl deutlich ansteigen und bei 87 bis 93 Prozent liegen. Der Importbedarf an Erdgas wird 2030 zwischen 77 und 84 Prozent liegen.<sup>3</sup> Die Exportmenge wird also deutlich zunehmen. Deswegen muss sich die EU bereits jetzt um eine nachhaltige Energieversorgungssicherheit kümmern.

Die Wichtigkeit der Energieversorgungssicherheit unterstreicht auch die Europäische Kommission, indem sie die Energiepolitik zu einem wichtigen Faktor des europäischen

---

<sup>3</sup> Vgl. Geden, Oliver; Fischer, Severin; 2008: S. 16; sowie Heusgen, Christoph 2008: S. 49

außen- und sicherheitspolitischen Bereichs erklärt.<sup>4</sup> Diese enge Verflechtung der Energie- und Sicherheitspolitik ist besonders durch die veränderte weltpolitische Lage erklärbar. So kann man heutzutage nicht mehr von einem rein marktpolitischen Ansatz her den weltweiten Energiemarkt analysieren. Immer stärker wird die Konkurrenz um Energieressourcen, und mit zunehmender Bedeutung der Energieressourcen wird auch die Machtstellung derjenigen Länder steigen, die eben über diese Ressourcen verfügen. Gegenwärtig sind Reserven der fossilen Energieträger nur noch in wenigen Ländern vorhanden, denen die demokratischen Werte meistens fremd sind. Dabei nutzen sie Energiereserven als Machtwährung, um ihre machtpolitischen Interessen wirkungsvoll zu vertreten.<sup>5</sup> Deswegen schreibt der ehemalige Staatssekretär des auswärtigen Amtes Tiemann passend: „Schon heute können wir beobachten, dass die Macht derjenigen, die Energieressourcen haben, zunimmt. Und einige dieser Staaten werden bereit sein, diese Macht strategisch einzusetzen.“<sup>6</sup> D.h. energieexportierende Länder können ihre Ressourcen als Druckmittel für politische Zwecke missbrauchen. Dafür spricht auch die Tatsache, dass drei der fünf großen Ölexporture der Welt, Russland, Venezuela und Iran, inländische Unternehmen, die im Bereich der Öl- und Gasförderung tätig waren, unter staatliche Kontrolle gestellt haben. Gleichzeitig wurden internationale Investoren aus dem Lande verwiesen.<sup>7</sup> Auf der anderen Seite machen sich energieimportierende Länder im Falle einer Importabhängigkeit politisch erpressbar. Deswegen sagt die Kommission zu Recht: „Die Diversifizierung der Brennstoffe, Bezugsquellen und Transitstrecken ist für die EU-Sicherheit von entscheidender Bedeutung.“<sup>8</sup> Deshalb trägt die Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union maßgeblich zur außen- und sicherheitspolitischen Stabilität der EU bei. Somit gehören die Energieaußenpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik der Union untrennbar zusammen.

### 1.2.1 EU-Energieaußenpolitik und Russland

In Bezug auf die Europäische Union spielt vor allem die Energieimportabhängigkeit als ein großer Risikofaktor für ihre Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle. So ist die EU aufgrund der geringeren eigenen Reservebasis auf die Energieimporte aus dem Ausland angewiesen. Die EU-Staaten decken ihren Energiebedarf zu 51 Prozent über die ausländischen Importe und sind somit die weltgrößten Nettoimporteure von Energie.<sup>9</sup> Die unten stehende Grafik verdeutlicht diese Importabhängigkeit an fossilen Brennstoffen eindrucksvoll:

---

<sup>4</sup> Vgl. Europäische Kommission (2010, S. 21)

<sup>5</sup> Vgl. Heusgen, Christoph 2008: S. 50

<sup>6</sup> Tiemann, Heinrich, 2010: S. 145

<sup>7</sup> Vgl. Müller, Friedmann; 2008: S. 131

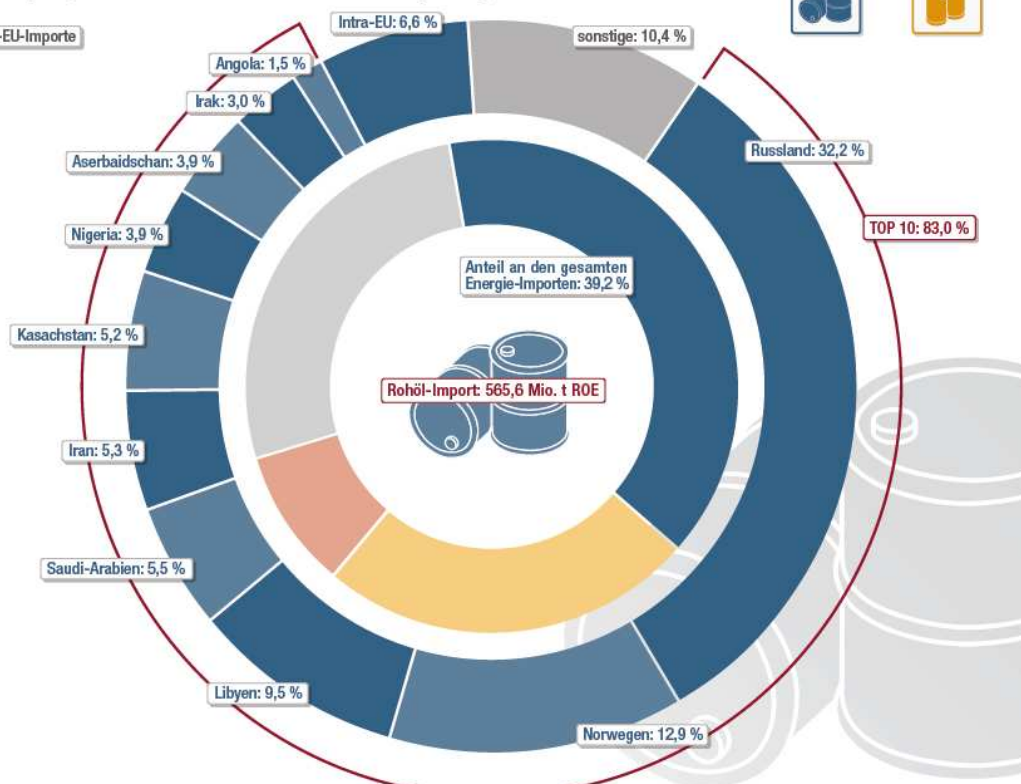
<sup>8</sup> Europäische Kommission (2010, S. 21)

<sup>9</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 194

## ■ Energieimporte der EU-27\* nach Ursprungsland – Rohöl

Anteile in Prozent, Importe in Mio. Tonnen Rohöleinheiten (t ROE), 2010

\* einschließlich Intra-EU-Importe



Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung.<sup>10</sup>

Dabei ist insbesondere ein zu hoher Importbedarf an fossilen Energieträgern einiger Mitgliedsstaaten in Ost- und Mitteleuropa von Russland zu erwähnen.<sup>11</sup> So importierte die europäische Union im Jahr 2005 insgesamt 86 Prozent des Erdöls aus den Drittstaaten. Russland war dabei mit 29 Prozent der bedeutendste Erdöllieferant. Wie wir aus der obigen Tabelle entnehmen können, wuchs der Importanteil an Erdöl aus Russland in fünf Jahren um weitere drei Prozentpunkte und betrug 2010 32 Prozent.

Die Importabhängigkeit der EU von Russland ist im Erdgasbereich sogar noch stärker ausgeprägt. 42 Prozent der Gaslieferungen stammen aus Russland. Somit ist der östliche Nachbar das mit Abstand größte Erdgasgeberland der Union.<sup>12</sup> Die europäische Union ist zudem der weltweit größte Gasimporteure. Dabei wird zukünftig die Gasimportabhängigkeit von Russland weiter steigen. Schätzungen zufolge wird sich der Gasimportbedarf Europas bis 2030 gegenüber 2004 mehr als verdoppeln,<sup>13</sup> da die europäische Gasproduktion in der Nordsee stetig abnehmen und gleichzeitig der Gesamtbedarf hoch bleiben wird.<sup>14</sup> Zur Steigerung der Gasimporte trägt auch die positive Resonanz darüber bei, dass Erdgas im Vergleich zu Erdöl eine „saubere“ Energiequelle ist, die weniger Emissionen verursacht.<sup>15</sup>

Bemerkenswert ist, dass in einigen EU-Ländern wie beispielsweise in Deutschland der Gasimportbedarf künftig überdurchschnittlich steigen wird. Dazu werden insbesondere der

<sup>10</sup> <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135830/themengrafik-energieimporte-der-eu-27>;  
Abgerufen am 29.10.12 um 14:30

<sup>11</sup> Vgl. Frenz, Walter; Kane, Anna-Miriam; 2010: S. 465

<sup>12</sup> Vgl. Nötzold, Antje; 2011 S. 256

<sup>13</sup> Vgl. Umbach; Frank; 2008: S. 26

<sup>14</sup> Vgl. Geden, Oliver; Fischer, Severin; 2008: S. 16

<sup>15</sup> Vgl. Westphal, Kirsten; 2006: S. 49

Ausstieg aus der Kernenergie sowie der Verzicht auf den Bau von neuen Kohlekraftwerken beitragen.<sup>16</sup>

Aufgrund dieser allzu großen Importabhängigkeit an Brennstoffen der EU von Russland, die in der Zukunft noch weiter steigen wird, gilt die Energieversorgungssicherheit und insbesondere die Gasversorgungssicherheit als eine Achillesferse der europäischen Energiepolitik,<sup>17</sup> da Russland diese Abhängigkeit für eigene politische Zwecke missbrauchen könnte. Diese Bedenken sind dabei durchaus ernst zu nehmen; denn die russische Führung und allen voran Vladimir Putin sehen in den riesigen Energieressourcen des Landes nicht nur kommerzielle Vorteile, sondern auch ein geopolitisches Potential der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es wird zunehmend offensichtlich, dass der Kreml durch seine Energieaußenpolitik die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in eine immer stärkere Importabhängigkeit bringen möchte. Dabei verfolgt Moskau mehrere Strategien, welche im weiteren Verlauf der Arbeit näher analysiert werden.

### 1.2.2 Energiepolitik als ein zentraler Faktor der russischen geopolitischen Strategie

Zwar war Russland seit den 80-er Jahren ein zuverlässiger Lieferant der fossilen Energieträger, aber seine Energieexportpolitik und vor allem seine Pipelinepolitik haben nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung für die russische Regierung, sondern sie spielen auch in geopolitischer Hinsicht in Bezug auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle.<sup>18</sup> Das große geopolitische Potential und den strategischen Wert des riesigen Erdöl- und Gasvorkommens in Bezug auf die Energieexportpolitik hat Putin schon lange vor seiner Präsidentschaft erkannt und darauf sogar in seiner Dissertation 1997 explizit hingewiesen:<sup>19</sup>

*„The thesis saw natural resources, or the ‘strategic sector’ not only as a key to economic renaissance but also or even primarily as an instrument of Russia’s geopolitical reascendance as a future superpower“<sup>20</sup>*

So hat Putin direkt nach seinem Machtantritt mit dem Aufbau des russischen „Energiesuperimperiums“ begonnen. Als Erstes hat er die Renationalisierung der Energiewirtschaft eingeleitet. Dabei hat er das staatliche Unternehmen Gazprom zu dem wichtigsten Instrument seiner neuen Energiepolitik gemacht. Diejenigen Oligarchen, die Putins Energiepolitik im Wege standen, wurden verfolgt oder verhaftet. Ein Paradebeispiel ist die Verhaftung des Energiemoguls Chodorkowski, dessen Unternehmen Yukos in der russischen Erdöl- und Gaswirtschaft mächtig mitmischte.<sup>21</sup> Des Weiteren mussten BP und Shell unter dem massiven staatlichen Druck ihre Mehrheitsanteile von einigen wichtigen Gasfeldern an Gazprom abgeben.<sup>22</sup>

Putin hat den Umstieg auf eine staatlich organisierte Energiewirtschaft und staatlich gelenkte Pipelinepolitik zu seiner persönlichen Aufgabe erklärt und dies öffentlich verkündet:

*„We intend to retain state control over the gas pipeline system and over Gazprom...the European Commission should not have any illusions. In the gas sector, they will have to deal with a state.“<sup>23</sup>*

---

<sup>16</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2008: S. 27

<sup>17</sup> Vgl. ebd. S. 25

<sup>18</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2008: S. 28

<sup>19</sup> Vgl. Helén, Henry; 2010: S. 19

<sup>20</sup> ebd. S. 19

<sup>21</sup> Vgl. Götz, Roland; 2008: S. 122

<sup>22</sup> Vgl. Heusgen, Christoph 2008: S. 51

<sup>23</sup> Helén, Henry; 2010: S. 12



In Folge dessen wurde die Energie- und Pipelinepolitik zunehmend unter staatliche Kontrolle gestellt.

In einem nächsten Schritt hat Putin Energieressourcen zwecks der politischen Einflussnahme in den ehemaligen sowjetischen Staaten in Osteuropa und im Kaukasus eingesetzt. Durch die rapide Preiserhöhung von Energieträgern und Lieferstopps hat die russische Führung versucht, ihre nationalen Interessen in diesen Regionen durchzusetzen; denn in Putins Augen gehören diese Länder zur russischen Einflussosphäre.<sup>24</sup>

*„The most frequently and clearly articulated Russian foreign policy interest has been the consolidation of a sphere of influence in the country’s ‘near abroad’, among the former countries of the USSR in the Caucasus, Central-Asia, as well as in Eastern Europe.“<sup>25</sup>*

Einige Studien belegen, dass es zwischen 1992 und 2008 insgesamt vierzig politisch motivierte Auseinandersetzungen im Energiebereich zwischen diesen Ländern und Russland gab.<sup>26</sup> Besonders markante Beispiele waren die so genannten „Gaskriege“ zwischen Gazprom und osteuropäischen Staaten. Diese massiven Konflikte werden im weiteren Verlauf der Arbeit näher unter die Lupe genommen werden.

Kreml hat allerdings seine Energieressourcen nicht nur als „Peitsche“, sondern auch als „Zuckerbrot“ verwendet. Wie sehr dabei die russischen wirtschaftlichen und politischen Interessen miteinander verbunden sind, zeigte auch das russisch-ukrainische Abkommen vom April 2010. Darin verpflichtete sich der Kreml Erdgas um 30 Prozent günstiger an die Ukraine zu liefern. Im Gegenzug sollte die ukrainische Führung von einer künftigen Nato-Mitgliedschaft absehen und eine pro-russische Außen- und Sicherheitspolitik betreiben. Des Weiteren sollte Kiew den Vertrag über das Stationierungsrecht der russischen Flotte in der ukrainischen Hafenstadt Sevastopol um weitere fünfundzwanzig Jahre verlängern.<sup>27</sup>

An diesen Beispielen sehen wir, dass Russland seine Energieträger zu politischen Zwecken instrumentalisiert hat. „Energiepolitische Abhängigkeit von Russland bedeutet daher auch politische Erpressbarkeit.“<sup>28</sup>

### 1.2.3 Russlands Pipelinepolitik der Einkreisung

Mit seinen Anstrengungen, die ehemaligen Sowjetrepubliken in seine Einflussosphäre wieder einzugliedern, verfolgt Moskau allerdings weitreichende Ziele in Bezug auf die geopolitische Strategie seiner Energieaußenpolitik. So hat das russische Staatsunternehmen Gazprom in ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und im osteuropäischen Raum die Raffinerien, Pipelines und energiewirtschaftliche Unternehmen aufgekauft.<sup>29</sup> Diese Vorgehensweise diente vor allem in Zentralasien der Etablierung Russlands als monopolistischen Exporteur von Erdgas in die EU-Staaten: „...Russia has managed to maintain its quasi-monopoly as the major energy supplier (and transit country) to the eu in the East.“<sup>30</sup> So sind gegenwärtig alle zentralasiatischen Staaten auf die Pipelines von Gazprom angewiesen, wenn sie ihr Erdgas in den europäischen Markt exportieren möchten.<sup>31</sup>

Die russische Führung versucht, durch seine Pipelinepolitik die Diversifikations-

---

<sup>24</sup> Vgl. Smith, C. Keith; 2008: S. 1

<sup>25</sup> Helén, Henry; 2010: S. 17

<sup>26</sup> Vgl. Smith, C. Keith; 2008: S. 1 sowie S. 5

<sup>27</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2011: S. 383

<sup>28</sup> Gumpel, Werner; 2007: S. 307

<sup>29</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2011: S. 381

<sup>30</sup> Westphal, Kirsten; 2006: S. 55

<sup>31</sup> Vgl. Heinrich, Andreas; 2008: S. 1544

anstrengungen der Europäischen Staaten auch in Nordafrika oder im Persischen Golf zu unterbinden, indem sie in diesen Regionen die Anstrengungen unternimmt, „die Kontrolle oder zumindest ein Mitspracherecht bei den Öl- und insbesondere Gasexporten nach Europa zu erlangen.“<sup>32</sup> Zu diesem Zweck ist Russland bemüht, strategische Einkäufe, Offerten oder Beteiligungen im nordafrikanischen Energiesektor zu tätigen.<sup>33</sup>

Im Falle der Diversifikationsversuche der EU im persischen Golf verfolgt Moskau eine Strategie des „Teile und herrsche“. Die russische Politik ist bemüht, den diplomatischen Konflikt zwischen Teheran und den westlichen Demokratiestaaten offen zu halten; denn „eine Lösung würde eine enge energiepolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Iran eröffnen, die eine Diversifizierung vor allem von Erdgasimporten der EU ermöglichen würde.“<sup>34</sup> Gleichzeitig versucht Russland, „durch Investitionen die Kontrolle oder zumindest ein Mitspracherecht über die zukünftigen Energie- und insbesondere Gasexporte Teherans zu erhalten.“<sup>35</sup>

Schließlich sind auch Nord-Stream und das russische Pipelineprojekt South-Stream erwähnenswert, die ebenfalls zu dem Ausbau der Monopolstellung Russlands im Erdgasexport beitragen.

Bilanzierend lässt sich sagen, dass Moskau über das Staatsunternehmen Gazprom eine aggressive Pipelinepolitik betreibt, die darauf ausgerichtet ist, Russland zum Gasmonopolversorger der EU-Staaten zu machen.

### 1.2.4 Divide et impera

Wie wir bereits oben festgestellt haben, geraten europäische und russische energiepolitische Interessen in Konflikt. Russland bemüht sich als Monopolversorger zu etablieren und somit die europäische Union in eine Energieabhängigkeit insbesondere in Bezug auf Erdgaslieferungen zu bringen, um dadurch wirtschaftliche und politische Vorteile zu erzielen und um seine vergangene Großmachtstellung wiederzuerlangen. Die Union versucht wiederum, ihre Energiebezugsquellen zu diversifizieren, um sich aus der russischen Energieimportabhängigkeit zu befreien, und gleichzeitig möchte sie fossile Energieträger aus dem kaspischen Becken unter Umgehung Russlands günstiger beziehen. Dementsprechend sind Moskau die Diversifikationsbemühungen der EU ein Dorn im Auge.

Die russische Führung hat allerdings erkannt, dass die europäische Union im Bereich der Energieversorgungssicherheit noch nicht mit einer Stimme spricht, was in den Augen des Kremls ein Zeichen der strukturellen Schwäche der EU ist. Deswegen ist die russische Führung bemüht, dies für eigene Zwecke auszunutzen.<sup>36</sup> Dabei versucht Moskau, die europäischen Diversifizierungsversuche dadurch zu torpedieren, dass es den einzelnen EU-Ländern eine bevorzugte Partnerschaft anbietet, um diese Länder von einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik abzubringen. In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert, dass Schröders Sonderweg in der Energiepolitik Deutschlands dazu führte, dass Berlin eine engere Bindung an Russland als Energielieferanten wählte und dadurch eine gemeinsame EU-Politik gegenüber dem Kreml verhinderte. Dies versetzte Russland wiederum in die Lage, die EU-Länder gegeneinander auszuspielen, wodurch es wiederum seine Monopolpolitik ungehindert weiter betreiben konnte.<sup>37</sup>

Neben Deutschland sind vor allem Russlands bilaterale Verträge mit Frankreich und Italien

---

<sup>32</sup> Umbach, Frank; 2008: S. 29

<sup>33</sup> Vgl. ebd. S. 29

<sup>34</sup> Umbach, Frank; 2011: S. 376

<sup>35</sup> ebd. S. 376

<sup>36</sup> Vgl. Helén, Henry; 2010: S. 23

<sup>37</sup> Vgl. Hacke, Christian; 2007: S. 16 – 17; sowie Müller, Friedmann; 2008: S. 135

zu nennen, die ebenfalls die vom Kreml betriebene Politik des „Teile und herrsche“ begünstigt haben. Aufgrund der vorteilhaften bilateralen Lieferverträge mit Russland haben diese drei großen EU-Länder die europäische Energieversorgungspolitik in Bezug auf die Diversifikation der Energiequellen in Gefahr gebracht.<sup>38</sup> Smith hebt dabei die negativen Konsequenzen der deutsch-russischen Zusammenarbeit in Bezug auf Nord-Stream Pipeline und den möglichen Bau von South-Stream hervor. Demnach würden beide Unternehmen die EU-Staaten mehr von Moskau abhängig machen und somit die Außen- und Sicherheitspolitik der EU gefährden:

*“The EU’s support for the Nord Stream pipeline between Russian and Germany, and its ready acceptance of EU member state collaboration to construct the South Stream pipeline, both of which endanger the EU’s policy of energy diversification, will only add to Russian influence over Europe’s key economies.”<sup>39</sup>*

Die nationalen Alleingänge Italiens oder Deutschlands in Bezug auf die russische Gazprom hängt damit zusammen, dass bis heute kein funktionierender europaweiter Energiebinnenmarkt existiert.<sup>40</sup> Für eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik ist also ein gesamteuropäischer Energiebinnenmarkt unabdingbar. Solange das aber nicht geschehen ist, werden die bilateralen Verträge zwischen den einzelnen EU-Staaten und Drittländern wie Russland ein Hindernis für eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik bleiben.<sup>41</sup>

Ein weiteres Hindernis für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik besteht darin, dass die Mitgliedsländer einen diametral unterschiedlichen Energiemix aufweisen. Während in Frankreich der Fokus auf Atomenergie liegt, prägen Kohlekraftwerke die polnische Energieversorgung. Schließlich spielen in Deutschland die regenerativen Energien und Erdgas eine wichtigere Rolle als in anderen EU-Ländern.<sup>42</sup> Hinzu kommt noch, dass im Falle der Energieimporte die Bezugsquellen von Land zu Land unterschiedlich sind. Während ost- und mitteleuropäische EU-Länder zu 80 bis 100 Prozent mit dem russischen Erdgas beliefert werden, beziehen Portugal und Spanien ihren Erdgasbedarf hauptsächlich aus Algerien.<sup>43</sup>

Deswegen versuchen die EU-Länder eben die Energiepolitik zu betreiben, die ihren jeweiligen Energiemix und ihre Bezugsquellen besonders berücksichtigt. Genau darin liegen die Ursachen der unterschiedlichen nationalen Interessen der jeweiligen Mitgliedsländer, die hinderlich für eine supranationale europäische Energiepolitik sind. Der ausgewiesene Experte für internationale Energieproblematik Frank Umbach weist zu Recht auf dieses Problem hin und schreibt: „Solange einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer auf Sonderbeziehungen mit Moskau spekulieren, unterminieren sie die Ansätze einer gemeinsamen Energie- und Energieaußenpolitik.“<sup>44</sup>

Auch an dieser Stelle sehen wir die Nachteile der geteilten Kompetenz im Bereich der europäischen Energiepolitik. Darauf weist auch Helén hin: „because the European Commission has no formal legitimacy over their energy policies, member states pursue energy policies that best serve their national interests.“<sup>45</sup>

Bilanzierend lässt sich Folgendes sagen: Da die europäische Kommission bei der

---

<sup>38</sup> Vgl. Helén, Henry; 2010: S. 15

<sup>39</sup> Smith, C. Keith; 2008: S. 1

<sup>40</sup> Vgl. Egenhofer, Christian; 2008: S. 305

<sup>41</sup> Vgl. ebd. S. 307

<sup>42</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 151

<sup>43</sup> Vgl. Geden, Oliver; Fischer, Severin; 2008: S. 19

<sup>44</sup> Umbach, Frank; 2007; S. 104 - 105

<sup>45</sup> Helén, Henry; 2010: S. 2

Entscheidungsfindung in diesem Politikbereich auf die Mitgliedsstaaten angewiesen ist, ist es nur schwer möglich, eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu verfolgen; denn die größeren EU-Staaten gehen bilaterale Verträge mit der russischen Föderation ein, um ihre nationalen Interessen zu sichern, anstatt eine langfristige gesamteuropäische Energieversorgungssicherheit im Blick zu behalten.

### 1.2.5 Die Gaskriege des Kremls

Eine weitere Strategie Moskaus, besteht darin, seine Öl- und Gasexporte als machtpolitische Instrumente besonders gern in den Ländern einzusetzen, die auf russischen Gas- und Erdölimport fast vollständig angewiesen sind. Zu diesen Ländern zählten und zählen zum Teil auch noch heute einige Länder des ehemaligen Ostblocks und die früheren Sowjetrepubliken in Osteuropa und im Kaukasus.

Dass Russland durchaus willens und in der Lage ist, seine Energieressourcen zu machtpolitischen Zwecken zu instrumentalisieren, hat die so genannte „Gaskrise“ vom Januar 2006 besonders deutlich gezeigt. Offiziell ging es dabei um den Streit zwischen dem russischen Staatsunternehmen Gazprom und der Ukraine um die Erhöhung von Gaspreisen und um die Konditionen für Gastransit. Allerdings wurde dieses Vorgehen in den EU-Staaten mit Recht als eine politisch motivierte Sanktion gegen die damals pro-westliche Ukraine aufgefasst:

*„Russia’s course on gas delivery was predominantly interpreted by the European press as a foreign policy tool against the pro-Western Ukrainian government that came to power after the Orange Revolution...“<sup>46</sup>*

Dieser Konflikt zeigte den Europäern deutlich ihre Abhängigkeit von russischen Energielieferungen; denn infolge des Streites kam es in vielen EU-Ländern zu Lieferausfällen und Engpässen. Dies haben die EU-Staaten als ein Warnsignal interpretiert: „it also served as a wake-up call for the EU which was hit by the gas shortages that Russia initialized...“<sup>47</sup> Diese Lieferengpässe und Russlands Drohungen von Lieferkürzungen in Richtung der EU im Jahr 2006 führten zu einem gravierenden Schwund des Vertrauens in die künftige Verlässlichkeit Russlands.<sup>48</sup>

Am deutlichsten wurde die labile Energieversorgungslage der EU im Erdgasbereich in einem weiteren Gasstreit zwischen der Ukraine und der russischen Föderation im Jahre 2009. Nach Meinung einiger Experten war dieser Gaskonflikt die größte Energiekrise Europas seit der Ölkrise der siebziger Jahre. Insgesamt waren 18 EU-Staaten vom russischen Gaslieferstopp betroffen. Einige von ihnen sollten sogar den Gasverbrauch in Schulen und Krankenhäusern rationieren.<sup>49</sup>

Die Bedenken der Europäer gegenüber Putins Energiepolitik wurden ebenfalls durch den Umgang des Kremls mit anderen Ländern verstärkt; denn Russland hat die Energiepolitik als eine Art Waffe zur Durchsetzung der eigenen politischen Interessen neben der Ukraine auch gegen die baltische Staaten, gegen Georgien, Moldawien, und Weißrussland angewendet. Deswegen sagt Helén zurecht, dass Moskaus aggressive Vorgehensweise gegen die Ukraine keine Ausnahme, sondern eher die Regel war:

*„Moscow made it clear that it did not hesitate to use the energy weapon as a punitive*

---

<sup>46</sup> Westphal, Kirsten; 2006: S. 46

<sup>47</sup> Ebd. S. 46

<sup>48</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 256

<sup>49</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2009: S. 45

*tool against countries which it considers to be within its sphere of influence. After the gas conflict of 2006, this type of Russian behaviour, has become the norm, rather than the exception, with the 'gas weapon' having been used to apply political pressure on the Baltic States, Belarus, Georgia, Moldova, and Ukraine.*<sup>50</sup>

Schließlich ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass im Jahre 1994 der so genannte Energiecharta-Vertrag verabschiedet wurde, den mittlerweile 53 Länder unterzeichnet haben. 48 von ihnen haben diesen Vertrag ratifiziert. Dabei handelt es sich um einen verbindlichen Rechtsakt, der die multilaterale energiepolitische Zusammenarbeit auf rechtlicher Basis und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien regelt.<sup>51</sup> Der Kreml hat allerdings den Energiecharta-Vertrag bis heute nicht ratifiziert; denn in Folge der Ratifizierung „könnte Russland die Transitbedingungen für zentralasiatisches Erdgas nach Europa nicht mehr diktieren und wären Lieferunterbrechungen wie im Januar 2006 und 2009 aufgrund der Streitigkeiten mit der Ukraine über den Erdgastransit nicht mehr zulässig.“<sup>52</sup>

Lange Rede kurzer Sinn: Die russische Führung ist bestrebt Russlands verlorengangene Großmachtstellung durch seine Erdöl- und Erdgasressourcen wiederherzustellen. Zu diesem Zweck unternimmt der Kreml Anstrengungen, sich als Monopolversorger der EU-Staaten zu etablieren. Die Europäische Union ist wiederum bestrebt, ihre Energiebezugsquellen zu diversifizieren, um sich aus der russischen Energieimportabhängigkeit zu befreien und sich gleichzeitig Zugang zu den billigeren Energiereserven im Kaspischen Becken unter Umgehung des Russischen Territoriums zu verschaffen.

### 1.3.1 Diversifizierung der Energiebezugsquellen und der Transitrouten

Um die Abhängigkeit vom russischen Gas zu verringern, haben die EU-Staaten 2007 im „Aktionsplan des Europäischen Rates“ beschlossen, die Beziehungen mit den zentralasiatischen und kaspischen Ländern zu intensivieren.<sup>53</sup> Wörtlich wird diese Zielsetzung in dem Strategiepapier folgendermaßen formuliert: „... Intensivierung der Beziehungen der EU zu Zentralasien und zu den Regionen am Kaspischen und am Schwarzen Meer, um die Quellen und Routen weiter zu diversifizieren; ...“<sup>54</sup>

Fast zeitgleich hat die Europäische Kommission aufgrund der negativen Erfahrungen mit der russischen Energiepolitik einen „zweiten Überprüfungsbericht der Energiestrategie“ vorgelegt, in dem die Energieaußenpolitik und die Diversifizierung der Energieversorgung explizit aufgeführt wurden.<sup>55</sup> Zwecks der Realisierung dieser Ziele hat die Kommission kurz danach in ihrem „Grünbuch für sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energienetze“ mehrere Vorschläge zur besseren europäischen Energieversorgungssicherheit unterbreitet, die insbesondere in Hinsicht einer stärkeren Diversifizierung der Energiebezugsquellen eine wichtige Rolle spielen. Zu diesem Zweck sollte eine Anbindung von Erdöl- und Gasressourcen aus dem Kaspischen Raum sowie aus Nordafrika durch die Schaffung der entsprechenden Energieinfrastruktur vorangetrieben werden.<sup>56</sup>

---

<sup>50</sup> Helén, Henry; 2010: S. 6

<sup>51</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 261 - 262

<sup>52</sup> Ebd. S. 262

<sup>53</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 259

<sup>54</sup> Aktionsplan (2007 - 2009) des Europäischen Rates, S. 19.

<sup>55</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2009: S. 47

<sup>56</sup> Vgl. ebd. S. 48

### 1.3.2 Die Zusammenarbeit der EU und der kaspischen Länder im Bereich der fossilen Energie

Zwar sind die Länder der kaspischen Region mit ihren geschätzten 4,7 Milliarden Barrel Öl und 7,21 Billion Kubikmeter Gas nicht die wichtigsten Energieproduzenten der Welt, da dies nur vier Prozent der weltweiten Erdöl und Gasreserven ausmacht, aber die Ressourcenmenge ist höher als in der Nordsee und könnte eine alternative Bezugsquelle sein, welche den Rückgang der Energieförderung aus der Nordsee ausgleichen könnte.<sup>57</sup>

Gleichzeitig sind die Energieressourcen aus dem kaspischen Becken und somit aus Aserbaidschan sowie aus den zentralasiatischen Staaten deswegen für die EU wichtig, weil dort ein erhebliches Wachstumspotential der Energieproduktion vorhanden ist. Das Wachstumspotential ist deswegen gegeben, weil die gegenwärtige Energieproduktion im kaspischen Becken geringer ist als in anderen energieproduzierenden Regionen, d.h. die Energieressourcen z.B. in Russland, Venezuela oder Europa werden schneller aufgezehrt, als dies in der kaspischen Region der Fall sein wird.<sup>58</sup> Aber der wichtigste Vorteil für die EU liegt natürlich darin, dass sie dadurch ihre Energiebezugsquellen diversifizieren und somit ihre Energieversorgungssicherheit erhöhen kann.

Von diesen Überlegungen ausgehend hat die EU Interesse für aserbaidsschanisches Öl- und Erdgasvorkommen gezeigt und schloss 2006 ein Memorandum of Understanding mit Baku. Diese Übereinkunft beinhaltet eine strategische Partnerschaft im Energiebereich.<sup>59</sup> Auch Aserbaidschan ist an einer Partnerschaft mit den EU-Staaten als den zahlungskräftigen Abnehmern interessiert. So hat Baku seit den 1990-er Jahren seinen Energiemarkt für westliche Investoren geöffnet und mehrere Verträge mit britischen und US-amerikanischen Energieunternehmen geschlossen. Die Partnerschaft mit der EU hat für Aserbaidschan aber auch strategische geopolitische Vorteile; denn trotz einiger Demokratiedefizite ist das Land eindeutig westorientiert. Die aserbaidsschanische Führung versucht dabei, durch ihre Partnerschaft mit dem Westen im Energiebereich die staatliche Selbstbehauptung gegenüber Russland zu sichern.<sup>60</sup> Gleichzeitig versucht Baku, durch die Diversifizierung von Transitrouten die einseitige Abhängigkeit vom russischen Pipelinennetz zu reduzieren<sup>61</sup> und durch den Verkauf von seinem Öl und Gas im europäischen Markt höhere Erlöse zu erzielen. Man kann also davon ausgehen, dass die Partnerschaft im Energiebereich für beide Seiten viele Vorteile beinhaltet.

Zwecks der Diversifizierung von Energiequellen engagiert sich die EU aber auch in den zentralasiatischen Ländern. Vor allem die Partnerschaft mit Turkmenistan und Kasachstan spielen dabei eine wichtige Rolle, da diese Länder reiche Erdgas- und Erdölvorkommen besitzen. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 2006 ein Memorandum zwischen der EU und Kasachstan unterzeichnet, welches den westlichen Energieunternehmen den Zugang zu den zentralasiatischen Erdöl- und Gasvorkommen erleichtern sollte. Des Weiteren wurde der Bau von neuen Pipelines durch das Kaspische Meer geplant, um sie an die Nabucco-Pipeline anschließen und um zentralasiatisches Erdöl und Gas unter Umgehung russischen Staatsgebiets nach Europa zu liefern zu können.<sup>62</sup>

Auch hier geraten die europäischen und russischen Interessen in einen Konflikt; denn ein freier Zugang der Europäer zu den zentralasiatischen und kaspischen Erdgasvorkommen würde Russlands Stellung als größten Energielieferanten der EU maßgeblich schwächen. Da

---

<sup>57</sup> Vgl. Müller, Friedmann; 2008: S. 127 - 128

<sup>58</sup> Vgl. ebd. S. 128

<sup>59</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 267

<sup>60</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 276 - 277

<sup>61</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 279

<sup>62</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 153

die Länder aus dieser Region aufgrund der fehlenden Pipelines ihre Gasexporte nicht direkt in die EU tätigen können, sind sie auf russische Pipelines angewiesen. Aus diesem Grunde kauft Gazprom zentralasiatisches Erdgas deutlich billiger ein und verkauft es dann ebenso deutlich teurer an die EU-Staaten weiter. Ein Drittel der russischen Gasimporte stammt somit eigentlich aus den zentralasiatischen Ländern.<sup>63</sup> So zahlt Gazprom für eintausend Kubikmeter Gas 50 bis 80 US-Dollar und verkauft es dann in der EU und in postsowjetischen osteuropäischen Staaten für 180 bis 350 US-Dollar. Die Preisdifferenz beträgt also mehr als 100 Prozent.<sup>64</sup> Hier wird deutlich, „dass wirtschaftliche Interessen in Moskau letztlich zumindest ebenso schwer wiegen wie die in der Propaganda oft laut vorgebrachten Statusinteressen.“<sup>65</sup>

An dieser Stelle gerät Moskau nicht nur mit der EU in Konflikt, sondern auch mit den zentralasiatischen Staaten: „An einer solchen Monopolisierung der Erdgasexporte über ausschließlich russische Pipelines zu ungünstigen Preisen für die Regionalstaaten hat aber weder die EU noch Zentralasien ein Interesse.“<sup>66</sup> Die zentralasiatischen Staaten sind daran interessiert, ihre Öl- und Gasreserven zu einem höheren Erlös auf dem europäischen Markt zu verkaufen. Aber sowohl für zentralasiatischen Staaten als auch für Aserbaidschan gibt es ein Problem in Bezug auf die Lieferung von fossilen Energieträgern; denn diese Länder haben keine direkten Grenzen mit der EU und sie haben außerdem keinen Meereszugang, um die Lieferungen auf dem Seeweg zu tätigen. Auf diese Tatsache weist auch Mousavi hin: „As for Azerbaijan, Turkmenistan, and Kazakhstan, as landlocked countries, in order to reach the international markets, they must transit their oil and gas through pipelines.“<sup>67</sup>

Dieses Problem hat auch Brüssel erkannt und daraufhin einige interessante Vorschläge in Bezug auf die Transitrouten gemacht, welche wir im weiteren Verlauf der Arbeit analysieren werden.

### 1.3.3 Südlicher Korridor

Für die Diversifikation der Energielieferungen gewinnen alternative Transitrouten immer mehr an Bedeutung. Darauf weist auch German hin: „Energy security particularly the challenge of transporting resources to global markets, has emerged as an issue of great importance in recent decades.“<sup>68</sup> Dies hängt damit zusammen, dass der Bau von Energietransportinfrastruktur wie z.B. Pipelines mit hohen Kosten verbunden ist.<sup>69</sup> Des Weiteren müssen die Transitländer eine sichere und reibungslose Energielieferung gewährleisten. Deswegen haben die Transitländer eine strategische Bedeutung für energieimportierende Staaten.

Die Zunehmende Fokussierung auf die alternative Transitroute kann man auch in der europäischen Energiepolitik beobachten. Dabei spielt vor allem der so genannte südliche Korridor eine wichtige Rolle; denn er soll der EU einen freien Zugang sowohl zu kaspischen als auch zu zentralasiatischen Erdöl- und Gasressourcen ermöglichen. Perspektivisch ist auch die Anbindung von persischen Erdgasquellen vorgesehen. Dieser Korridor liegt geografisch im Südkaukasus, zwischen dem schwarzen und kaspischen Meer sowie zwischen dem Iran, Russland und der Türkei.<sup>70</sup> Über die wichtige geopolitische Lage der Region in Bezug auf ihre Funktion als ein Transportkorridor weist auch German hin und schreibt: „Its position at a

---

<sup>63</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2008: S. 28

<sup>64</sup> Vgl. Schaffer, Marvin Baker, 2008: S. 13

<sup>65</sup> Becher, Klaus; 2007: S. 6

<sup>66</sup> Umbach, Frank; 2008: S. 28

<sup>67</sup> Mousavi, Mohammad; 2010; S. 161

<sup>68</sup> German, Tracey; 2009: S. 345

<sup>69</sup> Vgl. Westphal, Kirsten; 2006: S. 49

<sup>70</sup> Vgl. German, Tracey; 2009: S. 346

crossroads between Europe and Asia means that the region has consistently been an important transport corridor, particularly in energy terms.<sup>71</sup>

Schließlich hat auch der US-General und Kommandeur des US European Command Bantz J. Craddock auf die strategische Bedeutung der Region im Südkaukasus in Bezug auf die fossilen Energielieferungen in seiner Rede im Jahr 2008 hingewiesen:

*„The Caucasus’ geostrategic location makes the region an important area for the US and its Allies.[...] They provide alternative sources from the Caspian Sea and alternative routes of access to Central Asian hydrocarbon reserves. It is an important region for European energy diversification.“<sup>72</sup>*

Die Überzeugung von der Wichtigkeit des Korridors teilt auch die Kommission und erklärte den Ausbau des südlichen Korridors zu einem der sechs vorrangigen Infrastrukturmaßnahmen für die Zukunft.<sup>73</sup> Für die Realisierung des betreffenden Transitkorridors sind dabei die Anrainerstaaten des Schwarzen und Kaspischen Meeres von einer strategischen Bedeutung für die EU.<sup>74</sup>

Dieser Korridor soll die Lieferungen von fossilen Energieträgern aus zentralasiatischen Ländern und aus dem Kaspischen Meer zunächst aus Aserbaidschan nach Georgien ermöglichen. Die Pipelines sollen zentralasiatisches und aserbaidischsches Gas und Erdöl dann über Georgien und weiter entweder über das Schwarze Meer oder über die Türkei in die EU liefern. Zwar gibt es eine alternative Transitroute weiter südlich über den Iran, aber der Transitkorridor für Pipelines über Aserbaidschan und Georgien ist sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen eine bessere Alternative.<sup>75</sup>

Neben der rein energiepolitischen Fragen hat Georgien als Transitland entscheidende Bedeutung in Bezug auf die strategische Ausrichtung Aserbaidschans, weil Georgien aufgrund seiner „geographischen Lage auch die Rolle als notwendige Ausgangsbedingung für ein auf Dauer von Russland und dem Iran unabhängiges Aserbaidschan zukommt.“<sup>76</sup>

Die Wichtigkeit dieser Region hat die EU bereits in frühen 90-er Jahren erkannt und 1993 Investitionen für den Ausbau von Infrastrukturverbindungen und Kommunikationswegen im Rahmen des TRACECA-Programms getätigt.<sup>77</sup> Die Partnerschaft mit diesen Ländern hat die Union seit 1995 im so genannten Black Sea Regional Energy Centre weiter vertieft. Der Schwerpunkt dieser Organisation liegt dabei explizit im Bereich der Energiezusammenarbeit.<sup>78</sup> Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit erfolgte dann 2004 in der so genannten Baku-Initiative. Im Rahmen dieser Initiative wurde 2006 ein langfristig angelegter Aktionsplan für eine intensivere Zusammenarbeit im Energiebereich beschlossen.<sup>79</sup> Schließlich wurde 2007 ein Programm namens INOGATE im Rahmen der Nachbarschaftspolitik ins Leben gerufen, das sich primär mit der Erdgas- und Öllieferung in den europäischen Markt befasst. Das INOGATE-Programms verfolgt das Ziel, „in Zusammenarbeit mit den Staaten am Schwarzen und Kaspischen Meer langfristig die

---

<sup>71</sup> German, Tracey; 2009: S. 346

<sup>72</sup> Ebd. S. 346

<sup>73</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 291

<sup>74</sup> Vgl. ebd. S. 275

<sup>75</sup> Vgl. Cornell, S; Tsereteli, M.; Socor, V; 2005: S. 19

<sup>76</sup> Becher, Klaus; 2007: S. 6

<sup>77</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 285; TRACECA ist die Abkürzung für *Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia*

<sup>78</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 285; TRACECA ist die Abkürzung für *Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia*

<sup>79</sup> Vgl. ebd. S. 275; INOGATE ist die Abkürzung für *Interstate oil and gas transport to Europe*



Energiesicherheit in der EU zu gewährleisten...“<sup>80</sup>

Die Vielzahl von Aktivitäten der EU in dieser Region hat auch zur Schaffung von konkreten Infrastrukturprojekten geführt. Besonders bemerkenswert sind dabei folgende Pipelines: die Baku-Supsa-Pipeline, die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline und schließlich die Südkaukasus-Erdgas-Pipeline. Daneben wurden das Eisenbahnnetz und die Hafeninfrastruktur erheblich ausgebaut. Auch sind weitere wichtige Pipeline-Projekte geplant. Zu nennen sind vor allem die Nabucco-Pipeline und die Transkaspische-Pipeline. Diese Projekte werden im weiteren Verlauf der Arbeit näher erläutert. Bemerkenswert ist allerdings, dass Georgien bei allen diesen Projekten eine strategisch wichtige Bedeutung als Transitland hat.

#### 1.3.4 Georgien als Transitland für die kaspischen Erdöllieferungen nach Europa

Georgien verfügt selbst zwar über keine nennenswerten Erdöl- und Gasvorkommen, aber es besitzt einen entscheidenden Vorteil gegenüber den ölproduzierenden Ländern im Südkaukasus und Zentralasien. Georgien hat aufgrund seines Meereszugangs eine strategische Bedeutung für den Transit von Erdöl- und Gaslieferungen; denn die zentralasiatischen Länder und Aserbaidschan verfügen selbst über keinen Zugang zu den Weltmeeren.<sup>81</sup> Dies erkennt auch Mousavi und konstatiert: „Inevitably, a substantial portion of the Trans Caucasian and Central Asian republics’ oil and gas exports would pass through Georgian territory.“<sup>82</sup>

Dabei wurde Georgien als Energietransitland nicht erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches wichtig, sondern das Land spielte bereits im 18. Jahrhundert eine große Rolle als Transitland. Dafür spricht vor allem die von der französischen Rothschild Bank finanzierte Transkaukasische Eisenbahn, welche die Erdölressourcen von Baku nach der georgischen Hafenstadt Batumi transportierte. Von dort aus wurde dann das Erdöl nach Europa verschifft.<sup>83</sup>

Georgien als Transitland ist aber auch deswegen für die EU strategisch wichtig, weil andere Routen entweder nördlich über das russische Territorium oder südlich über den Iran verlaufen sollen, um die Energieressourcen aus dem kaspischen Becken nach Europa zu transportieren. Beide Transitrouten bringen aber die europäische Energieversorgungssicherheit in Gefahr. Georgien als das wichtige Transitland im südlichen Korridor spielt aus diesem Grunde eine wichtige Rolle bei der Diversifikation von Energie- und Transitrouten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Hantke Georgien ein geostrategisches Filestück nennt:

*„Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, weshalb der Südkaukasus so wichtig ist. Die einzige Möglichkeit, Gas und Öl aus dem rohstoffreichen zentralasiatischen Raum sowie auf dem Landweg Waren- und Gütertransporte aus China und Kasachstan nach Europa zu bringen, bietet Georgien.“<sup>84</sup>*

Die erste Pipeline, welche die russische Monopolstellung zum ersten Mal nach dem Zerfall der Sowjetunion durchbrach, wurde 1999 in Betrieb genommen.<sup>85</sup> Die Pipeline verläuft von Baku bis zur georgischen Schwarzmeerhafenstadt Supsa. Das aserbaidschanische Erdöl wird dann von Supsa aus mit den Tankern weiter nach Westen verschifft. Diese frühere Pipeline hat allerdings mehr eine symbolische als eine wirtschaftliche Bedeutung; denn sie

---

<sup>80</sup> Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S. 214

<sup>81</sup> Vgl. Müller, Friedmann; 2008: S. 127

<sup>82</sup> Mousavi, Mohammad; 2010; S. 166

<sup>83</sup> Vgl. German, Tracey; 2009: S. 346

<sup>84</sup> Hantke; Martin; 2009: S. 53

<sup>85</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 280

transportiert pro Jahr ca. 8,5 Millionen Tonnen Erdöl.<sup>86</sup> Neben Supsa ist auch die georgische Hafenstadt Batumi wichtig für die Erdöllieferung; denn über diese Hafenstadt werden weitere 7,5 Millionen Erdöl nach Westen geliefert. Die kaspischen Erdöllieferungen werden nach Batumi mit der Eisenbahn transportiert und von da aus mit Tankschiffen weiterverschifft.<sup>87</sup> Schließlich wäre da noch das Erdöl-Terminal im georgischen Schwarzmeerhafen Kulevi zu erwähnen, welches 2008 eröffnet wurde. Zum Hafen wird das aserbaidische, kasachische und turkmenische Öl mit der Eisenbahn transportiert und auf Tankschiffe verladen.<sup>88</sup> Allerdings sind die Erdöllieferungen mit Tankern vom Schwarzmeer ins Mittelmeer aufgrund der Meerenge im Bosphorus nur begrenzt möglich.<sup>89</sup> Gleichzeitig muss man aber auch darauf hinweisen, dass die Kapazitätsbegrenzungen aufgrund der Meerenge Bosphorus nicht die EU-Länder betreffen, welche direkt am Schwarzen Meer liegen; denn man kann von georgischen Schwarzmeerhäfen nach rumänischen oder bulgarischen Häfen Erdöl mit Tankern transportieren, ohne dass sie den Bosphorus durchqueren müssen.

Im Unterschied zur Baku-Supsa-Pipeline ist die so genannte Baku-Tiflis-Ceyhan- Pipeline nicht durch die Kapazitätsbegrenzung aufgrund der Meerenge Bosphorus getroffen, da sie in dem türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan endet. Dementsprechend sind die Lieferkapazitäten der BTC-Pipeline deutlich größer und betragen ca. 58 Millionen Liter Rohöllieferungen pro Jahr.<sup>90</sup> Wobei die Liefervolumen auf 1 Mio. Liter pro Tag<sup>91</sup> und somit auf 365 Mio. Liter pro Jahr erhöht werden können. Die Pipeline ist seit 2005 in Betrieb und ihre Gesamtlänge beträgt insgesamt 1760 km.<sup>92</sup>

Somit beträgt die gegenwärtige Erdöllieferung alleine aus dem aserbaidischen Erdölvorkommen ca. 74 Mio. Liter pro Jahr. Unter anderem auch wegen dieser hohen Erdöllieferungen ist die Südkaukasusregion eine der wichtigsten Transitrouten für die Europäische Union.

Schon 2005 wies Papava darauf hin, dass die Inbetriebnahme der BTC-Pipeline mit der Zeit neben Aserbaidisch bei weiteren energieproduzierenden Ländern Interesse wecken und somit zur Steigerung der Liefervolumen führen würde:

*„The obvious result of the operations of BTC will be increased volumes coming from the different producers of the region, beyond the initial members of the BTC consortium. And once a reputation as a reliable transportation corridor is established, it is expected that more oil will flow through other means of transportation as well...“<sup>93</sup>*

Diese Annahme hat sich bald bewahrheitet, da künftig neben Aserbaidisch noch Kasachstan seine Ölexporte durch die BTC in die EU liefern möchte. Die kasachischen Rohöllieferungen sollen zunächst mit Tankschiffen nach Aserbaidisch verschifft werden. Anschließend werden sie durch die südkaukasische BTC-Pipeline in den europäischen Markt transportiert. Auf diesem Wege können noch weitere 35-56 Millionen Tonnen Rohöl nach Europa geliefert werden.<sup>94</sup> Zu diesem Schritt entschied sich die kasachische Regierung u. a.

---

<sup>86</sup> Vgl. Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S. 213

<sup>87</sup> Vgl. Papava, Vladimer; 2005: S. 86

<sup>88</sup> Vgl. Gumpel, Werner; 2007: S. 314

<sup>89</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 280

<sup>90</sup> Vgl. Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S. 213

<sup>91</sup> Vgl. Cornell, S; Tsereteli, M.; Socor, V; 2005: S. 29

<sup>92</sup> Svante E. Cornell; Fariz Ismailzade; 2005: S. 61

<sup>93</sup> Papava, Vladimer; 2005: S. 22

<sup>94</sup> Vgl. German, Tracey; 2009: S. 350-351

auch deswegen, weil sie mit der Zusammenarbeit mit Russland nicht zufrieden war und ihre Energielieferung von russischen Rohrleitungen unabhängiger machen wollte.<sup>95</sup>

Bilanzierend lässt sich sagen, dass Georgien als Transitland für die Erdöllieferungen bereits jetzt eine wichtige Rolle für die europäische Energiediversifikation spielt. Dies ist allerdings im Erdgasbereich noch nicht der Fall.

### 1.3.5 Kaspische Erdgasressourcen und die EU

Aber auch im Erdgasbereich wird die Südkaukasusregion als Transitroute immer wichtiger; denn in Zentralasien und im Kaspischen Raum existieren erhebliche Erdgaslagerstätten. Vor allem die Exploration von neuen Erdgaslagerstätten in Turkmenistan in Höhe von 7 Billionen cbm hat die Region zu einem attraktiven Gasproduzenten gemacht.<sup>96</sup> Zudem ist die Erdgasförderung im kaspischen Raum aufgrund der topologischen Gegebenheiten billiger als in Westsibirien.<sup>97</sup> Für den Transport der Gasressourcen spielt auch hier der südliche Energiekorridor als Transitroute eine wichtige Rolle. So wurde parallel zur BTC-Pipeline die so genannte Südkaukasus-Pipeline von Baku über das georgische Territorium bis hin zur türkischen Stadt Erzurum gebaut. Diese Rohrleitung kann bis zu 16 Milliarden Kubikmeter Erdgas in die EU liefern.<sup>98</sup> Allerdings muss sie an die so genannte Nabucco-Pipeline angeschlossen werden.

Die Nabucco-Pipeline ist das bedeutendste Pipelineprojekt der EU. Sie würde unter Umgehung des russischen Territoriums das kaspische Gas bis nach Österreich liefern und somit den Gasimportbedarf aus Russland vor allem in südlichen EU-Ländern verringern.<sup>99</sup> Dabei soll die Südkaukasus-Pipeline an die so genannte Trans-Caspian-Pipeline angeschlossen werden, um das zentralasiatische Gas in die Nabucco-Pipeline zu pumpen. Insgesamt soll diese Rohrleitung 32 Milliarden Kubikmeter Gas in den europäischen Markt liefern. Perspektivisch kann Nabucco auch für die Gaslieferungen aus Ägypten, dem Iran und Irak genutzt werden.<sup>100</sup> Auf der folgenden Grafik ist der geplante Verlauf der Nabucco-Gasleitungen dargestellt:

---

<sup>95</sup> Vgl. Gumpel, Werner; 2007: S. 314

<sup>96</sup> Vgl. Gumpel, Werner; 2007: S. 315

<sup>97</sup> Vgl. Kreft, Heinrich; 2007: S. 38

<sup>98</sup> Vgl. Schaffer, Marvin Baker, 2008: S. 15

<sup>99</sup> Vgl. Nötzold, Antje, 2011 S. 292

<sup>100</sup> Vgl. ebd. S. 292



Das Nabucco-Projekt; Sieh bei Böhme, Dimo; 2011: S. 125

Das Nabucco-Projekt genießt nicht nur bei der Europäische Kommission höchste Priorität, sondern auch bereits bei vielen EU-Mitgliedsstaaten. Dafür spricht auch die Aussage des österreichischen Wirtschaftsministers, wonach die Nabucco-Pipeline „das wichtigste Energieprojekt Europas“<sup>101</sup> sei. Es ist allerdings bemerkenswert, dass der Bau von Nabucco noch nicht endgültig entschieden wurde, „was nicht zuletzt auch auf Aktivitäten der russischen Gazprom zurückzuführen ist, die sich damit die unliebsame Konkurrenz aus der Welt schaffen will.“<sup>102</sup>

Als ein Paradebeispiel der gegen Nabucco gerichteten Aktivität ist vor allem das geplante russische Pipelineprojekt South-Stream. Die Rohrleitungen sollen von Russland unter Umgehung des südlichen Korridors nach Europa Gas liefern. Allerdings kostet der Bau mindestens doppelt so viel als der Bau von Nabucco-Pipeline.<sup>103</sup> Deswegen schreibt Helén zu Recht, dass der Bau nicht aus ökonomischen Gründen, sondern vielmehr aus geopolitische Gründen vom Kreml forciert wird:

*„Due to its crossing of the Black Sea, the project is estimated to cost at least twice as much as the Nabucco, suggesting, again, that the project is based on geopolitical rather than commercial interests.“<sup>104</sup>*

Mit der South-Stream-Pipeline möchte Russland die Diversifikationsversuche der EU torpedieren, da der freie Zugang der europäischen Nabucco-Pipeline zu den Energiequellen in Zentralasien und im kaspischen Becken Russlands Monopolstellung als Europas Gasversorger ernsthaft in Frage stellen würde. Des Weiteren würde dies für Russland auch kommerzielle Nachteile bedeuten, da Gazprom das zentralasiatische Gas nicht mehr gewinnbringend an die EU weiterverkaufen würde. Daher ist die Anmerkung richtig, dass Nabucco und South-Stream letztendlich um das zentralasiatische Erdgasvorkommen konkurrieren:

<sup>101</sup> Hantke; Martin; 2009: S. 53

<sup>102</sup> Kreft, Heinrich; 2007: S. 39

<sup>103</sup> Vgl. Umbach, Frank; 2009: S. 53

<sup>104</sup> Helén, Henry; 2010: S. 24

*„...Russia and EU having been vying for control of natural gas output in Azerbaijan and Turkmenistan to fill competing pipeline projects such as the Nabucco and South Stream gas export pipelines.“<sup>105</sup>*

Neben South-Stream versucht der Kreml gleichzeitig eine zweite südliche Pipeline nach Europa zu bauen. Russland möchte die bereits bestehende russisch-türkische Blue-Stream-Pipeline weiter nach Ungarn verlängern. Dabei werden „Ungarn Avancen gemacht, dass dieses Land und nicht Österreich zum Verteiler in Europa würde.“<sup>106</sup> D.h. auch hier möchte Russland mit der Politik „Teile und herrsche“ die Nabuco-Pipeline zum Scheitern bringen und somit letztendlich die gesamteuropäischen Diversifikationsbemühungen torpedieren. Zur besseren Veranschaulichung füge ich die Grafik mit South-Stream und Blue-Stream-Projekten hinzu:



Siehe: Böhme, Dimo; 2011: S. 120

Es bleibt allerdings zu erwähnen, dass die Nabucco-Pipeline noch vor vielen ungelösten Problemen steht. Neben den Streitigkeiten in Bezug auf ungeklärte territoriale Ansprüche der Anrainer des Kaspischen Meeres spielen auch die Zweifel über die Verlässlichkeit Turkmenistans als Öllieferant eine wichtige Rolle.<sup>107</sup> Das größte Hindernis für den Bau der Nabucco-Pipeline liegt allerdings in „dem fehlenden gemeinsamen Engagement der Europäer...“<sup>108</sup>

Dabei ist die EU der mit Abstand größte Gasimporteur der Welt. Gleichzeitig wird der Gasimport künftig deutlich steigen. Wenn aber die EU-Staaten ihre

<sup>105</sup> German, Tracey; 2009: S. 345

<sup>106</sup> Müller, Friedmann; 2008: S. 135

<sup>107</sup> German, Tracey; 2009: S. 354

<sup>108</sup> Müller, Friedmann; 2008: S. 134

Energieversorgungssicherheit nicht in Gefahr bringen wollen, dann „müssen die Europäer die geopolitische Komponente ihres Versorgungssicherheitsproblems bei Erdgas wahrnehmen [...]. Dies erfordert Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere die Unterstützung von Leitungsbau.“<sup>109</sup> Unter den geopolitischen Komponenten ist dabei die Diversifizierung der Erdgasbezugsquellen und Transitrouten zu verstehen. Georgien spielt dabei als ein Transitland für eine „Leitungsinfrastruktur aus dem kaspischen Raum in südlicher Umgehung Russlands“<sup>110</sup> eine wichtige Rolle.

## 2.1 Geopolitische Implikationen für Georgien

Aufgrund seiner geopolitischen Bedeutung als „Energietransitbrücke nach Europa“<sup>111</sup> ist Georgien nicht nur für die Europäische Union strategisch wichtig, um ihre Energie-diversifikationspolitik voranzutreiben, sondern auch für Russland, das sich als „Energiesupermacht“ seine verlorene Machtstellung zurückgewinnen möchte. Entsprechend versuchte Russland, seine historisch angestammte Vormachtstellung in der Kaukasusregion zu wahren und den Einfluss anderer Großmächte, insbesondere aber der USA, einzudämmen.“<sup>112</sup>

Als ein dritter wichtiger politischer Akteur sind auch die Vereinigten Staaten von Amerika zu nennen. Die Amerikaner haben längst die strategische Bedeutung des Südkaukasus erkannt und engagieren sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in dieser Region. So wurde der Bau der BTC-Pipeline massiv von den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt. Dies sieht auch der europäische Pressedienst euroactiv und schreibt: „die Vereinigten Staaten bemühen sich schon lange „um die Errichtung von Öl- und Gaspipelines, die aus dem Kaspischen Meer an Russland vorbei führen und vor allem durch Georgien verlaufen.“<sup>113</sup>

Neben der Energiediversifikation verfolgten die USA eine zweite geopolitische Zielsetzung. Durch die Umgehung des russischen und iranischen Territoriums und durch die Anbindung der zentralasiatischen und südkaukasischen Staaten an die Türkei wollten die Amerikaner den regionalen Einfluss des Iran und Russlands schwächen und die regionale Bedeutung der Türkei stärken.<sup>114</sup> Des Weiteren wollten die Amerikaner dadurch die postsowjetischen Staaten im Kaukasus aus der russischen Einflussphäre befreien.<sup>115</sup> Bemerkenswert ist außerdem, dass der Verlauf der BTC-Pipeline zwar weitgehend von Amerikanern konzipiert wurde, die Gewinner dieses Bauvorhabens allerdings Europa war; denn dahin fließt gegenwärtig das meiste kaspische Öl.<sup>116</sup>

Diese energiepolitische Strategie verfolgten aber nicht nur die Clinton- und Busch-Administrationen, sondern auch die aktuelle US-Regierung hält an dieser strategischen Ausrichtung fest. Dies verdeutlichen vor allem die Worte des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden in Bezug auf die Pipelineprojekte, die gegen russische Monopolinteressen gerichtet sind:

*„Es geht um viel, um hunderte von Milliarden Dollar Öl und Infrastruktur, den Wiederaufstieg Russlands und die Energiesicherheit Europas. [...] Die Russen lieben Schach. Unsere strategische Antwort auf dem Schachbrett Zentralasiens muss es sein, eine Präsenz auf den Teilen des Bretts zu etablieren, die sie noch nicht kontrollieren.*

---

<sup>109</sup> Müller, Friedmann; 2008: S. 135

<sup>110</sup> Müller, Friedmann; 2008: S. 134

<sup>111</sup> Fischer; Christian; 2007: S. 287

<sup>112</sup> Ebd. S. 287

<sup>113</sup> Hantke; Martin; 2009: S. 53

<sup>114</sup> Vgl. German, Tracey; 2009: S. 353

<sup>115</sup> Vgl. Kaim, Markus; 2009: S. 228

<sup>116</sup> Vgl. Müller, Friedmann; 2008: S. 133

*Das bedeutet neue Pipelines zu verlegen, die Alternativen [...] zum russischen Monopol eröffnen.*<sup>117</sup>

Der Kreml betrachtet dabei das US-amerikanische Engagement und den wachsenden Einfluss des Westens im Südkaukasus und im kaspischen Raum wiederum mit zunehmender Nervosität; denn er deklariert diese Region als eigene Einflusszone; deswegen zielen die russischen Pipelineprojekte wie South-Stream oder Blue-Stream nicht nur darauf ab, die russische Monopolpolitik im Energiebereich zu stärken, sondern Russland will dadurch auch seinen Einfluss in den südkaukasischen und zentralasiatischen Ländern bewahren und weiter ausbauen.

Unter diesem Blickwinkel bedeuten die Pipelines für südkaukasische und zentralasiatische Staaten nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch größere politische Unabhängigkeit vom russischen Einfluss.<sup>118</sup> Dies bedeutet wiederum, dass die südkaukasischen Pipelines und allen voran die BTC-Pipeline sowohl für die EU als auch für die Staaten im Südkaukasus und Zentralasien vorteilhaft sind, da sie sich dadurch mehr Unabhängigkeit von Russland erhoffen: „BTC will palpably increase the mutual interdependence between Europe and the South Caucasus by adding a million barrels of oil a day to the European market.“<sup>119</sup>

Aus dieser Hinsicht bewertet die russische Führung das westliche Engagement in der Region aus zweifacher Hinsicht als einen Affront. Zum einen fürchtet sie die eigene Machtstellung in „ihrem Hinterhof“ zu verlieren. Dazu tragen auch die Bestrebungen der georgischen Führung bei, das Land in die Nordatlantische Allianz zu integrieren sowie die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu intensivieren. Zum anderen sieht der Kreml seine Monopolpolitik in Bezug auf die Energielieferungen in die EU in Gefahr, da die kaspischen und zentralasiatischen Energieressourcen mehr Unabhängigkeit für die EU-Länder von russischen Energielieferungen und Transitrouten bedeuten würden. Auf beide Aspekte wird auch in einer Mitteilung des Europäischen Parlaments hingewiesen. Demnach ist Russland „nicht nur missgestimmt angesichts von Energieprojekten, auf die es keinen Einfluss hat. Stärker noch ist seine Ablehnung der georgischen NATO-Beitrittsambitionen, wie es in aller Deutlichkeit und bisweilen mit drohenden Worten vor dem Krieg im August 2008 in Georgien klar gemacht hat.“<sup>120</sup>

Da aber Georgien als einziges Transitland für die Lieferungen der Energieträger aus dem kaspischen und zentralasiatischen Raum in Frage kommt, ist die Kontrolle über das Land für den Kreml äußerst wichtig, wenn er seine Machtstellung als Monopolversorger der EU und als Regionalmacht in postsowjetischen Ländern nicht verlieren möchte. Aus diesem Grund ist Georgien am stärksten dem russischen Druck ausgesetzt. Deswegen wurden feindliche Provokationen und die Eskalation der Lage noch vor dem georgisch-russischen Krieg von einigen Experten thematisiert. So wies Gumpel bereits 2007, also ein Jahr vor dem Ausbruch des georgisch-russischen Krieges, auf mehrere aggressive Aktionen Russlands gegenüber der jungen georgischen Republik hin und warnte vor einer wachsenden russischen Bedrohung für Georgien:

*„Georgien steht in einem Dauerkonflikt mit Russland, das diese strategisch wichtige Republik der ehemaligen Sowjetunion nicht unter amerikanischen Einfluss gelangen lassen möchte. Ein russisches Teilembargo gegen das Land, die Verletzung des georgischen Luftraums durch russische Kampfflugzeuge, die zeitweise Sperrung von Strom- und Gaslieferungen sowie das Anheizen der Konflikte um die abtrünnigen*

---

<sup>117</sup> Hantke; Martin; 2009: S. 56

<sup>118</sup> Vgl. German, Tracey; 2009: S. 355

<sup>119</sup> Cornell, S.; Tsereteli, M.; Socor, V; 2005: S. 29

<sup>120</sup> [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 2; Abgerufen am 20.08.2012 um 21:00

*Regionen Abchasien und Südossetien zeigen, wie gefährdet das Land ist. Es gibt auch immer wieder die Forderung radikaler Kräfte in Russland, Georgien zu okkupieren. Damit würde die BTC-Rohrleitung unter russische Kontrolle fallen, wenn sie nicht durch kriegerische Handlungen völlig ausfallen würde.*<sup>121</sup>

Auch Kříž und Shevchuk weisen auf ökonomische und politische Sanktionen Russlands gegen Georgien hin, die darauf ausgerichtet waren, das Nachbarland wegen seiner Westorientierung zu bestrafen. Des Weiteren machen die Autoren aber auch auf die russischen Provokationen kurz vor dem Ausbruch des Krieges aufmerksam:

*„...imposed unjustified sanctions on Georgian goods that, later on (after the scandal caused by the arrest of Russian spies) was turned into a full embargo, and finally, before the war broke out, it carried out military provocations of which the most serious one was the attack on a Georgian radar in the summer of 2007“*<sup>122</sup>

Ähnlich wie gegen die Ukraine hat der Kreml seine Energieressourcen als Druckmittel ebenfalls gegen Georgien benutzt. So hat Gazprom Tiflis einen enormen Anstieg des Gaspreises verordnet. Darauf weist auch Bollinger-Kanne hin und schreibt: „Georgien belegt bei den Preissteigerungen 2005-2007 mit 246 Prozent den Spitzenplatz.“<sup>123</sup>

Die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der russischen Föderation und der Republik Georgien war die Folge der strategischen Neuausrichtung der russischen und georgischen Führung. Man kann diesen Prozess in zwei Stufen unterteilen. Die erste Stufe erfolgte direkt nach dem Machtantritt von Präsident Putin im Jahre 2000. Eine weitere Abkühlung der zwischenstaatlichen Beziehungen folgte dann schließlich im Jahre 2003, nach der so genannten Rosenrevolution in Georgien, die zu einem Regierungswechsel führte. Der neue Präsident Georgiens Micheil Saakashvili wählte einen deutlich pro-westlicheren Kurs als sein Vorgänger Schewardnadze und baute bilaterale Beziehungen vor allem mit den Vereinigten Staaten aus.<sup>124</sup> Dies hing eng damit zusammen, dass der ehemalige US-Präsident George W. Bush die Aufnahme Georgiens in die NATO befürwortete.<sup>125</sup> Diese Befürwortung resultierte aus der berechtigten Sorge der USA über „die zunehmende Instrumentalisierung von russischen Energiekonzernen für die Bemühungen, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion wieder dem stärkeren Einfluss Moskaus zu unterwerfen.“<sup>126</sup>

Trotz der massiven Unterstützung seitens der USA lehnten einige NATO-Staaten wie z.B. Deutschland und Frankreich im April 2008 beim Bukarester NATO-Gipfel die Aufnahme Georgiens in das Nordatlantische Militärbündnis ab. Dies taten sie deswegen, weil sie einerseits bemüht waren, eine Konfrontation mit Russland zu vermeiden; denn „[e]uropäische sicherheitspolitische Meinungsführer neigen eher dazu, das kleine Georgien der Unvernunft zu bezichtigen, wenn es sich den Anforderungen des großen Nachbarn Russland nicht fügt - wozu auch die Frage der NATO-Ambitionen gehört.“<sup>127</sup> Andererseits hatten diese NATO-Staaten Bedenken hinsichtlich des Konfliktpotenzials der abtrünnigen georgischen Regionen, welche einen Destabilisierungsfaktor in das Militärbündnis hineinbringen

---

<sup>121</sup> Gumpel, Werner; 2007: S. 316

<sup>122</sup> Kříž, Zdeněk; Shevchuk, Zinaida; 2011: S. 89

<sup>123</sup> Bollinger-Kanne, Josephine; 2007: S. 143

<sup>124</sup> Vgl. Fischer; Christian; 2007: S. 288

<sup>125</sup> Vgl. Kaim, Markus; 2009: S. 223

<sup>126</sup> Ebd. S. 223

<sup>127</sup> Becher, Klaus; 2007: S. 10



könnten.<sup>128</sup>

Dabei war die Mitgliedschaft in der NATO für Georgien von einer großen strategischen Bedeutung; denn das Land wollte dadurch in erster Linie seine staatliche Unabhängigkeit festigen und sich vor der russischen Bedrohung schützen. Daher war die Absage über die Aufnahme ein herber Rückschlag für die georgische Außenpolitik.

Andererseits hat die Nichtaufnahme Georgiens in die NATO die russischen Entscheidungsträger dazu ermutigt, das Gelegenheitsfenster zu nutzen um schnell etwas gegen die künftige östliche NATO-Erweiterung zu unternehmen.<sup>129</sup> Nach knapp vier Monaten ist die russische Armee in die Republik Georgien einmarschiert.

## 2.2 Georgisch-Russischer Krieg

Einleitend sollte darauf hingewiesen werden, dass in der vorliegenden Arbeit die Details über den Kriegsausbruch oder den Kriegsverlauf nicht behandelt werden können, da dies die Grenzen der Arbeit sprengen würde. Es werden strategisch wichtige energiepolitische Aspekte erläutert, die in einer Relation mit dem Krieg stehen.

Im August 2008 waren in den Medien etliche Schlagzeilen und Eilmeldungen über den georgisch-russischen Krieg zu sehen. Es schien so, als wäre der Krieg plötzlich und ohne jede Vorwarnung ausgebrochen. In Wirklichkeit war aber die Lage bereits seit Jahren ziemlich angespannt. So war schon 2006 in Bezug auf die angespannte Situation zwischen Georgien und Russland Folgendes zu lesen: „Erstens könnte die Europäische Union (EU) sich rascher mit dem Krieg in ihrer neuen Nachbarschaft konfrontiert sehen als sie sich vorstellen konnte.“<sup>130</sup> Diese Anspannung war also noch Jahre vor dem Krieg vorhanden und sie resultierte daraus, dass Russland aufgrund des wachsenden Engagements der Europäer und Amerikaner seinen Einfluss in Georgien immer mehr verlor. Um dagegen etwas zu unternehmen, unterstützte der Kreml die georgischen Enklaven Abchasien und Südossetien.<sup>131</sup> Dabei unterhielt Russland Friedenstruppen in diesen abtrünnigen georgischen Regionen. Gleichzeitig trug es aber bewusst nicht zur Konfliktlösung bei. Vielmehr versuchte Moskau, eine kontrollierte Instabilität Georgiens zu erzeugen, um einerseits die georgische Außenpolitik in Schach zu halten, weil „das Fortbestehen der Konflikte im Kaukasus russischen Interessen durchaus dienlich ist, da Russland damit ein Druckmittel in seinen Beziehungen zu diesen nicht immer einfachen Nachbarn in der Hand hält.“<sup>132</sup>

Andererseits wollte Moskau dadurch für die westlichen Staaten das Engagement in Georgien in Bezug auf den Ausbau der Energieinfrastruktur risikoreich und somit unattraktiv machen. Gleichzeitig wollte Russland durch das Anheizen des Konfliktklimas die mögliche Osterweiterung der NATO stoppen.<sup>133</sup> Als aber der Kreml merkte, dass seine Strategie keine Früchte trug und Georgien sich immer stärker dem russischen Einfluss entzog und dem Westen zuwandte, zog man in Moskau die militärische Option der Problemlösung immer stärker in Betracht.

Ein sichtbares Zeichen für die offensichtlich feindselige und gegen die georgische staatliche Integrität gerichtete Maßnahme des Kremls war die massenhafte Verteilung von russischen Pässen an Osseten und Abchasier, welche nach dem geltenden internationalen

---

<sup>128</sup> Vgl. <http://www.welt.de/politik/article2812583/Ukraine-und-Georgien-duerfen-vorerst-nicht-in-Nato.html> S. 25; gesehen am. 13.10.2012 um 19:00

<sup>129</sup> Vgl. <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 29; Gesehen am 15.10.12 um 18:10

<sup>130</sup> Jawad, Pamela 2006: S. 1

<sup>131</sup> Vgl. ebd. S. 1

<sup>132</sup> <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 25; Gesehen am 15.10.12 um 18:30

<sup>133</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 7

Recht georgische Staatsbürger sind. Diese Vorgehensweise des Kremls hat auch die unabhängige europäische Untersuchungskommission für den Augustkrieg in ihrem Bericht als die Verletzung der georgischen staatlichen Souveränität anprangert.<sup>134</sup>

In der massenhaften Verteilung von russischen Pässen an die Bevölkerung in georgischen secessionistischen Provinzen sehen einige Autoren wie beispielsweise Kříž und Shevchuk eine Bestätigung dafür, dass Russland den Einmarsch in Georgien schon lange vor 2008 geplant haben:

*„It [Russia] supported the secessionist movements in both Georgian regions, granted Russian citizenship to many people as part of its long term policy aimed at creating a justification for a future military intervention under the pretext of protecting its own citizens...“<sup>135</sup>*

Die massenhafte und systematische Passverteilung in den georgischen Enklaven durch den Kreml verglich der amerikanische Politologe und außenpolitische Berater Barack Obamas Zbigniew Brzezinski zurecht mit der Vorgehensweise Nazi-Deutschlands als Hitler im Sudetenland deutsche Pässe verteilen ließ und später mit dem Argument in die damalige Tschechoslowakei einmarschierte, dass er die deutschen Staatsbürger schützen wollte.<sup>136</sup>

German teilt diese Meinung und fügt hinzu, dass die russische militärische Intervention in Georgien zwar unter dem Vorwand des Schutzes der „russischen Staatsbürger“ erfolgte, es Moskau aber keineswegs um die Bevölkerung in Südossetien ging, sondern vielmehr um die Kontrolle über die strategisch wichtige Energieinfrastruktur in Georgien: „... Russia’s military intervention in Georgia was less about the declared objective of ‘protecting its citizens’ in South Ossetia, [...] and more about the control of strategic energy infrastructure and exports to the Europe“<sup>137</sup>

Dies bezeugt auch die Tatsache, dass sich die russische Invasion nicht auf die georgische Enklave Südossetien beschränkte, sondern die russischen Bodentruppen und Luftwaffe in das georgische Kernland stießen und nicht nur die militärischen Ziele zerstörten, sondern auch zivile Wohnhäuser und strategisch wichtige Infrastruktureinrichtungen wie beispielsweise Häfen und Flughäfen des Landes. Insgesamt hat das Land einen hohen wirtschaftlichen Schaden erlitten: „Schätzungen der direkt durch Kriegsschäden verursachten Kosten belaufen sich auf eine Milliarde US-Dollar.“<sup>138</sup>

Auch Böhme sieht den Zusammenhang zwischen dem Kaukasus-Konflikt und den russischen sowie westlichen energiepolitischen Interessen in Bezug auf den südlichen Energiekorridor: „the development of a fourth transport corridor in the Caspian and Caucasus regions is related to many difficulties, as was underlined not at least by the Russia- Georgia military conflict of August 2008.“<sup>139</sup>

Nach German bestand die Motivation des russischen Einmarsches in Georgien darin, dass der Kreml einerseits seine Monopolstellung als Gaslieferant Europas verteidigen und andererseits die georgische Führung wegen seiner politischen Westorientierung bestrafen wollte: „Russian military intervention in Georgia in August 2008 was motivated by so-called ‘petro-politics’, as well as a desire to punish Tbilisi for its overt pro-Western orientation.“<sup>140</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. <http://de.scribd.com/doc/20427542/Tagliavini-Report-Georgia-Volume-I> S. 18; 15.10.12 um 16:00

<sup>135</sup> Kříž, Zdeněk; Shevchuk, Zinaida; 2011: S. 94

<sup>136</sup> Vgl. <http://www.welt.de/politik/article2296378/Russlands-Vorgehen-aehnelt-dem-von-Hitler.html> Abgerufen am 16.10.12 um 20:30

<sup>137</sup> German, Tracey; 2009: S. 344

<sup>138</sup> <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 33; Abgerufen am 16.10.12 um 12:00

<sup>139</sup> Böhme, Dimo; 2011: S. 73

<sup>140</sup> German, Tracey; 2009: S. 344

Diese Sichtweise erscheint durchaus plausibel, wenn man bedenkt, welch großen Stellenwert die russische Führung den riesigen Energievorkommen des Landes bei der strategischen Gestaltung ihrer Sicherheitspolitik einräumt.

Noch wichtiger war aber, dass die Invasion im August 2008 nicht nur in der Fachliteratur in Zusammenhang mit der russischen Energiepolitik gebracht wurde, sondern diese Sichtweise auch von höchsten politischen Kreisen im Westen geteilt wurde. Hochrangige Politiker in der EU werteten diesen Schritt als ein deutliches Zeichen der russischen energiemonopolistischen Bestrebungen in Europa. Der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown betrachtete das russische Vorgehen in Georgien als einen direkten und gezielten Angriff auf die europäische Energiepolitik: „No nation can be allowed to exert an energy stranglehold over Europe, and the events of August have shown the critical importance of diversifying our energy supply.“<sup>141</sup>

Aus russischer Sicht gilt der Krieg im Kaukasus als ein politischer Erfolg des postsowjetischen Russlands; denn in der Sichtweise des Kremls ist eine weitere Osterweiterung des nordatlantischen Militärbündnisses wenn nicht gar verhindert, so doch zumindest verzögert worden. Auch ist es der russischen Führung gelungen durch die Anerkennung der Unabhängigkeit der georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien eine Art Pufferzone für den Fall der künftigen Nato-Erweiterung eingerichtet.<sup>142</sup> Schließlich wollte der Kreml damit den Amerikanern und Europäern signalisieren, dass er bereit wäre, „alles zu tun, was notwendig ist, um seinen Einfluss im ‘nahen Ausland’ aufrechtzuerhalten.“<sup>143</sup>

Wenn man aber die Situationen näher betrachtet, dann wird schnell deutlich, dass sich Russland durch seine militärische Intervention viele Nachteile eingehandelt hat. Zum einen wurde die russische Invasion international stark verurteilt; denn diese Handlung „stellte das OSZE-Prinzip der territorialen Integrität in Frage, von den Normen der VN-Charta zur Anwendung von Gewalt zu Angriffszwecken einmal ganz abgesehen.“<sup>144</sup>

Zum anderen hat Moskau durch die Anerkennung der georgischen Enklaven als unabhängige Staaten seine außenpolitische Ohnmacht deutlich gemacht; denn dieser Schritt wurde nicht nur vom Westen, sondern auch von Russlands Verbündeten abgelehnt. Abgesehen von dem Zwergstaat Nauru, Venezuela und Nikaragua werden Südossetien und Abchasien weltweit weiterhin als georgische Teilgebiete angesehen.<sup>145</sup> Mehr noch, das Riesenreich China, welches sich in außenpolitischen Angelegenheiten immer auf die russische Seite stellt, hat die russische Führung aufgrund der Anerkennung der separatistischen Teilgebiete als unabhängige Staaten indirekt kritisiert.<sup>146</sup>

Jobelius weist aber auch darauf hin, dass Russland durch die Anerkennung auch an Einflussmöglichkeiten in seiner Kaukasuspolitik verloren hat. Vor allem Aserbaidshans politische Beziehungen mit Moskau kühlt nach diesem Schritt ab, da Baku ebenfalls ein separatistisches Gebiet hat und deswegen mit Skepsis auf die russische außenpolitische Neuorientierung schaut.<sup>147</sup>

Andererseits erwies sich die Anerkennung dieser Regionen für Russland nicht nur außenpolitisch als ein Misserfolg, sondern sie brachte dem Kreml auch innenpolitische Schwierigkeiten ein; denn die Konsequenzen dieser Anerkennung sind für den Kreml die alleinige politische, militärische und wirtschaftliche Verantwortung für diese Gebiete. Da sich

---

<sup>141</sup> Böhme, Dimo; 2011: S. 25

<sup>142</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 5

<sup>143</sup> <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 33; Abgerufen am 17.10.2012 um 13:00

<sup>144</sup> <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 34; Abgerufen am 17.10.2012 um 14:00

<sup>145</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 4

<sup>146</sup> Vgl. De Haas, Marcel; 2011: S. 50

<sup>147</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 4

aber Russland bereits jetzt einen hohen Konfliktpotenzial im wirtschaftlich schwachen Nordkaukasus gegenüber sieht, wird nach Ansicht von vielen Experten die Situation für Russland aufgrund der neu gewonnenen Verantwortung für Südossetien und Abchasien noch weiter verkompliziert.<sup>148</sup>

Russland versucht zwar seine Anerkennungspolitik dadurch zu rechtfertigen, dass viele Westmächte das Kosovo für unabhängig erklärt haben.<sup>149</sup> Dies ist allerdings nur ein Scheinargument und nichts weiter als eine überzogene Realitätsverzerrung; denn im Unterschied zum Kosovo, wo die Kosovo-Albaner die überwiegende Bevölkerungsmehrheit stellen, stand in der georgischen Enklave Abchasien eine Bevölkerungsmehrheit von rund 46 Prozent ethnische Georgier einer Minderheit von 17 Prozent Abchasiern gegenüber. Infolge des Krieges in den 90-er Jahren wurden 230 000 georgische Zivilisten von abchasischen und russischen bewaffneten Verbänden vertrieben, so dass nach dem Krieg nur noch 20% der Bevölkerung georgisch, dafür aber 43% abchasisch war.<sup>150</sup> In Abchasien gab es also ethnische Säuberungen nicht an Abchasiern sondern an der georgischen Bevölkerung. Diese Tatsache stellt die Legitimität der russischen Anerkennung von georgischen Enklaven in Frage: Darf die russische Föderation ein separatistisches Gebiet für unabhängig anerkennen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung aus ihrer Heimat gewaltsam vertrieben wurde?

Trotz dieser Nachteile ist die russische Führung entschlossen, an ihrer konfrontativen Politik gegenüber den Westmächten festzuhalten. Ein Zeichen dafür ist Russlands Veto in der UNO gegen die Fortsetzung der OSZE-Mission für Südossetien und gegen die UN-Mission für Abchasien.<sup>151</sup> Gegenwärtig lassen die russischen Streitkräfte keine internationalen Organisationen die Gebiete der georgischen Enklaven betreten.

### 2.3 Wertung

Wir haben gesehen, dass Georgien vor allem als Transitland eine Schlüsselrolle für die europäischen Bemühungen um Energiediversifikation einnimmt; denn die EU möchte ihre Importabhängigkeit von Russland dadurch verringern, dass sie fossile Brennstoffe aus dem kaspischen Becken importiert. Die strategisch wichtigen Pipelines können dabei nur über georgisches Staatsgebiet verlaufen. Für die USA spielt hingegen Georgien nicht nur als ein Energietransitland eine wichtige Rolle, sondern Washington verfolgt daneben noch weitere außenpolitische strategische Ziele. Die Vereinigten Staaten möchten durch die Anbindung der südkaukasischen und zentralasiatischen Staaten an den NATO-Staat Türkei den persischen und vor allem russischen Regionaleinfluss zurückdrängen.

Russland betrachtet hingegen das westliche Engagement in der Region sehr skeptisch. Der Kreml scheut keine Mühe und nutzt alle Mittel, um seine Monopolstellung als Energielieferant der EU zu verteidigen. Moskau ist durchaus bewusst, dass Georgien für die europäische Energiediversifikation eine Schlüsselrolle zukommt; denn die Energieträger aus dem kaspischen Becken können nur über Georgien nach Europa geliefert werden. Deswegen möchte Moskau mit allen Mitteln Georgien unter seine Kontrolle bringen sowie die Europäer und Amerikaner aus der Region raushalten.

Insbesondere auf die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Georgien reagiert Moskau äußerst negativ. Dies verdeutlicht vor allem die offene Warnung des russische Außenministers Sergei Lavrovs in Bezug auf die mögliche Nato-Mitgliedschaft Georgiens

---

<sup>148</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 5

<sup>149</sup> Vgl. Zagorski, Andrei: 2009: S. 234

<sup>150</sup> Vgl. Ther, Philipp; 2011: S. 257

<sup>151</sup> Vgl. Jobelius; Matthias; Krumm, Reinhard; 2009: S. 6

und der Ukraine: „if either country becomes a NATO member-state there will be a ‘substantial negative geopolitical shift.’“<sup>152</sup>

Nicht nur aus energiepolitischen Interessen heraus will Moskau eine zusätzliche Osterweiterung der NATO verhindern. Betrachtet man die in Russland vielzitierte Einkreisungsangst in Bezug auf die Osterweiterung der NATO, so findet man schnell heraus, dass es sich hierbei eigentlich um die innenpolitisch ausgerichtete Instrumentalisierung der Ängste in der eigenen Bevölkerung geht. In Wirklichkeit sieht die russische Führung die Gefahr durch die Osterweiterung vielmehr im Vordringen westlicher Freiheitsvorstellungen.<sup>153</sup>

Bilanzierend lässt sich sagen, dass Moskau durch den Einmarsch in Georgien die Osterweiterung der Militärallianz stoppen wollte und gleichzeitig darum bemüht war, seine energiepolitischen Interessen als Lieferant der fossilen Brennstoffe zu schützen. Nach Ansicht vieler Experten und Politiker waren eben diese Argumente 2008 ausschlaggebend für die militärische Invasion in Georgien.<sup>154</sup>

## **2.4 Sicherheitspolitische Motive Georgiens für die künftige Zusammenarbeit mit der NATO und der EU**

Im Verlauf der Arbeit haben wir das Interesse der Europäischen Union, Russlands und teilweise der USA an der südkaukasischen Region und speziell an Georgien kennengelernt. Es ist aber auch interessant, die georgische Sichtweise über mögliche Partnerschaften mit dem Westen ausführlich zu analysieren. In diesem Zusammenhang soll vor allem die Zusammenarbeit mit der NATO und der EU näher beleuchtet werden.

Das Bestreben Georgiens, westlichen internationalen Organisationen wie der NATO oder der EU beizutreten resultiert nicht primär aus dem möglichen wirtschaftlichen Nutzen, sondern Georgien erhofft sich dadurch vielmehr, seine staatliche Souveränität gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Russland zu stärken.

Dieser außenpolitische Kurs der Regierung wird auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen. Dafür sprechen vor allem die Ergebnisse einer deutsch-schweizerischen Studie. Laut dieser Studie denken die meisten befragten Georgier, dass sich die Aufnahme ihres Heimatlandes in die EU positiv auf die nationale Sicherheit und staatliche bzw. territoriale Integrität auswirken kann. Erst an zweiter Stelle werden wirtschaftliche Faktoren wie beispielsweise die Schaffung neuer Arbeitsplätze genannt.<sup>155</sup> Dies ist allerdings nicht überraschend, wenn man berücksichtigt, dass die neuen EU-Länder die EU-Mitgliedschaft ebenfalls deswegen anstrebten, weil sie dadurch ihre staatliche Souveränität stärken konnten. Diese Deckungsgleichheit der Motivation ergibt sich daraus, dass sowohl Georgien als auch die meisten osteuropäischen Länder eine gemeinsame historische Vergangenheit aufweisen. Diese Länder haben über Generationen hinweg um ihre staatliche Unabhängigkeit gegen das Zarenreich und später gegen das kommunistische Unrechtsregime gekämpft. Durch die Mitgliedschaft in starken transatlantischen und europäischen Organisationen erhoffen sie, ihre hart erkämpfte Unabhängigkeit gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Russland zu festigen.

Das was für die Perspektive der EU-Mitgliedschaft gilt, gilt in einem noch höheren Maße für eine mögliche NATO-Mitgliedschaft. Zwar zeigt Georgien ein großes Interesse an der europäischen Integration, doch sein Interesse an einer künftigen Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Militärallianz ist deutlich größer. Dieses Bestreben resultiert daraus, dass

---

<sup>152</sup> German, Tracey; 2009: S. 348

<sup>153</sup> Vgl. Becher, Klaus; 2007: S. 6

<sup>154</sup> Vgl. Böhme, Dimo; 2011: S. 25; sowie German, Tracey; 2009: S. 345

<sup>155</sup> Vgl. Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S. 216

die Nato-Mitgliedschaft im Ernstfall einen möglichen militärischen Schutz gegenüber Moskau gewährleisten könnte und den russischen Einfluss in der Kaukasusrepublik mindern, wenn nicht ganz zurückdrängen könnte:

*„The most important organization for Georgia is NATO because it is taught that this organization can bring an end, or at least a decrease in the Russian influence in the region, being a NATO member is in Georgia perceived as a symbol of belonging to the West.“<sup>156</sup>*

Des Weiteren erscheint aus georgischer Sicht die Perspektive auf eine Nato-Mitgliedschaft realistischer als die Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft; Auch wenn 2008 die rasche Aufnahme Georgiens in die NATO 2008 aufgrund der Absagen von Deutschland und Frankreich nicht zustande gekommen ist,<sup>157</sup> bleibt die Perspektive einer Mitgliedschaft im Nordatlantischen Militärbündnis bleibt allerdings für Tiflis allerdings immer noch das wichtigste sicherheitspolitische Ziel. Dies ergibt sich einerseits daraus, dass die USA die Aufnahme Georgiens in das Militärbündnis weiterhin massiv unterstützen.<sup>158</sup> Des Weiteren waren sich alle NATO-Staaten auf dem Bukarester Gipfel im April 2008 darüber einig, dass Georgien künftig Mitglied der Militärallianz wird. Georgiens Bemühungen um eine Aufnahme in die NATO werden aber auch dadurch verstärkt, dass das Land schon seit den 1990-er Jahren aktiv in den Arbeitsprozessen der Nato eingebunden ist.<sup>159</sup>

Ein weiteres Argument für eine Nato-Mitgliedschaft liefert die überaus positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Militärbündnis. Die Mehrheit der Georgier sieht eine künftige Mitgliedschaft des Landes in der nordatlantischen Militärallianz sehr positiv. Dies hat vor allem das Referendum aus dem Jahr 2008 gezeigt, wonach 77% der Bevölkerung für die Nato-Mitgliedschaft gestimmt haben.<sup>160</sup>

Dabei ist der georgischen Führung durchaus bewusst, dass Georgien aufgrund seiner wichtigen geopolitischen Lage als Transitland insbesondere in Bezug auf die Energieressourcen im kaspischen Becken eine wichtige Rolle für die EU-Staaten und für die NATO spielt. Daher stellt die georgische außenpolitische Strategie fest, dass die Vertiefung der Zusammenarbeit auf dieser Basis der energiepolitischen Kooperation vorangetrieben werden soll:

*„For Georgia it is of the utmost importance to present properly the importance of the region as a transport corridor for energy resources. The Diplomatic Service will work to stimulate Euro-Atlantic interest and involvement in developing ... new routes for energy transportation ... Georgia attaches the utmost importance to elaboration of a Euro-Atlantic Energy Security Strategy ... with the aim of ending Europe’s dangerous dependence on a single provider and, at the same time, promoting stability and prosperity in the transit countries.“<sup>161</sup>*

Zweifelsohne würde Georgien die Mitgliedschaft in der NATO oder der EU große wirtschaftliche und politische Vorteile bringen. Dies würde das Land auch endgültig vom russischen Einfluss befreien. Alleine schon die Perspektive auf eine EU- oder NATO-Mitgliedschaft für die Kaukasusrepublik kann durchaus positive Wirkungen in Bezug auf ihre

---

<sup>156</sup> Kříž, Zdeněk; Shevchuk, Zinaida; 2011: S. 89

<sup>157</sup> Vgl. Hantke; Martin; 2009: S. 53

<sup>158</sup> Vgl. Becher, Klaus; 2007: S. 10

<sup>159</sup> Vgl. Hantke; Martin; 2009: S. 53

<sup>160</sup> Vgl. Kříž, Zdeněk; Shevchuk, Zinaida; 2011: S. 92

<sup>161</sup> German, Tracey; 2009: S. 347 - 348

Demokratisierung und Reformbereitschaft entfalten, weil genau diese Perspektive auf eine „EU-Mitgliedschaft in Ostmitteleuropa entscheidend für die Kontinuität der gesellschaftlichen und politischen Transformation war.“<sup>162</sup>

## 2.5 Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien nach dem August-Krieg

Einige Experten mahnten schon 2006 an, dass die EU in der südkaukasischen Region das „Gelegenheitsfenster“ nutzen und sich stärker engagieren sollte, um ihren Interessen besser Rechnung zu tragen und um den Frieden in der Region zu sichern.<sup>163</sup> Deswegen forderten mehrere Experten die EU dazu auf, die Führungsrolle in der Region zu übernehmen:

*„It would be natural for the EU to lead the process of developing the Caspian-European Natural Gas Bridge. This is a unique chance to show leadership and prove that the EU is capable of securing alternative energy supplies for European consumers by working with producer, transit, and consumer countries.“<sup>164</sup>*

Tsereteli wies darauf hin dass, falls die Europäische Union bei der Politikgestaltung in der Schwarzmeerregion und im Südkaukasus nicht willens sein wird, als führende Kraft aktiv tätig zu werden, die USA dazu gezwungen sein wird, ihre Aktivitäten in der Region zu verstärken: „In case the EU is passive and fails to organize itself to support a Caspian-Black-Sea-Europe energy bridge, the U.S. may need to step up its efforts and help organize activities“<sup>165</sup>

Gegenwärtig weiß man, dass die EU diese Führungsrolle nicht übernahm und keine wirksamen Maßnahmen bei der Friedenssicherung in die Wege geleitet hat, obwohl dies durchaus in ihrem Interesse gewesen wäre. Vielmehr sah sich die USA gezwungen, ihre Aktivitäten in der Region zu verstärken. Ein sichtbares Zeichen dafür ist der massive Einsatz der US Regierung für eine beschleunigte Aufnahme Georgiens in die NATO. Dies hat wiederum Russlands heftige Reaktion mit den bekannten Folgen im Sommer 2008 nach sich gezogen. Laut Becher war Europas Willenslosigkeit, die Führungsrolle in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu übernehmen, der Tatsache geschuldet, dass die EU keine politische Bereitschaft „zur geografischen Ausweitung der strategischen Führungsrolle der EU über ihre unmittelbare Peripherie hinaus“<sup>166</sup> übernehmen wollte, obwohl dies in einem diametralen Widerspruch zur neuen europäischen Sicherheitsstrategie stand, wonach die EU ihre eigene Sicherheit bereits außerhalb ihrer Grenzen verteidigen sollte, indem sie die Länder in ihrer Nachbarschaft, welche in regionale Konflikten verwickelt waren, bei der Konfliktlösung aktiv helfen sollte.<sup>167</sup> Dies hätte Brüssel spätestens seit der großen EU-Osterweiterung in den Jahren 2004 - 2007 wichtig werden sollen, nachdem Georgien in die unmittelbare Nähe zur EU-Grenzen gerückt war.

Spätestens seit dem August-Krieg ist jedoch ein erhöhtes Niveau der Aktivitäten seitens der Europäischen Union in Georgien zu beobachten. Dies zeigt vor allem die Tatsache, dass der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft zur Beilegung des Konflikts maßgeblich beigetragen hat, indem er die Vermittlerrolle zwischen den Konfliktparteien Georgien und Russland übernahm.<sup>168</sup> Mit

---

<sup>162</sup> Becher, Klaus; 2007: S. 10

<sup>163</sup> Vgl. Jawad, Pamela 2006: S. 1

<sup>164</sup> Tsereteli, Mamuka; 2006: S. 7

<sup>165</sup> Ebd. S. 7 - 8

<sup>166</sup> Becher, Klaus; 2007: S. 10

<sup>167</sup> Vgl. Lynch, Dov; 2006: S. 9

<sup>168</sup> Vgl. <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf> S. 32; Gesehen am 24.10.12 um 17:20

diesem engagierten Einsatz hat die EU sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber den USA ihre Handlungsbereitschaft eindrucksvoll bewiesen.<sup>169</sup>

Anschließend hat Brüssel seinen Friedenseinsatz dadurch verstärkt, dass es 200 unbewaffnete Beobachter sowie Unterstützungspersonal aus fast allen EU-Mitgliedsstaaten nach Georgien entsandte. Im Rahmen der Friedensüberwachungsmission führen die Beobachter auf der georgischen Seite in den Grenzgebieten zu Südossetien und Abchasien Streifenfahrten durch. Die Beobachter werden aber von russischen Streitkräften daran gehindert, die Gebiete der georgischen Enklaven zu betreten.<sup>170</sup>

Das wachsende Engagement der Europäer seit dem Kaukasuskonflikt wird ebenfalls in einer Mitteilung des Europäischen Parlaments explizit erläutert: „Die Unterstützung der EU für die Region nimmt zu, [...] Nach dem Krieg in Georgien im August 2008 hat die EU ihr Engagement in diesem Land beträchtlich erweitert und vertieft.“<sup>171</sup>

Schließlich spricht auch Sarkozys Interview in der *Washington Post* dafür, dass die EU Georgien von nun an als Teil ihrer aktiven Politikagenda betrachtet: „I remain convinced that the first mission of the European Union is to protect Europeans. This is exactly what we have been doing in sparing no efforts to calm this new conflict.“<sup>172</sup> In dem Interview bezeichnete der damalige EU-Ratspräsident Georgien als Teil Europas. Wie Müller zu Recht schreibt, ist diese symbolische Inklusion Georgiens in Europa ein *Novum* in der europäischen Außenpolitik. Dies wird aber auch mit den konkreten Initiativen und einer Reihe Abkommen deutlich, welche auf eine stärkere Integration des Landes in die EU abzielen.<sup>173</sup>

Dabei ist die Östliche EU-Partnerschaft eines der wichtigsten Abkommen, welches auf Anregung Polens und Schwedens am 7. Mai 2009 auf dem Gipfeltreffen in Prag mit den sechs östlichen Nachbarländern geschlossen wurde.<sup>174</sup> Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft werden Assoziationsabkommen und Aktionspläne mit Partnerländern unterzeichnet, um sie schrittweise an die EU-Wirtschaft und an weitere Aktivitätsbereiche der Union näher heranzuführen. Allerdings sind diese Programme nicht als Vorstufe einer EU-Vollmitgliedschaft zu betrachten.<sup>175</sup>

Dies geschieht aber nicht aus lauterem Altruismus, sondern die Union verfolgt lediglich ihre Interessen in der Region. Zum einen möchte Brüssel Stabilität in seiner Nachbarschaft herstellen. Zum anderen möchte es für die EU wirtschaftlich und geopolitisch wichtige Energiediversifikation vorantreiben. Dies wird auch in einer Mitteilung des EU-Parlaments explizit erwähnt: „Die geplante Nabucco-Pipeline, über die Gas aus der Kaspischen Region in die EU befördert werden soll, sollte möglichst rasch vollendet werden.“<sup>176</sup>

Auch die Europäische Kommission verfolgt ähnliche Ziele. So hat sie im Rahmen der Europäischen Ostpartnerschaft die Zusammenarbeit in vier konkreten Bereichen beschlossen. Zwei wichtige Bereiche davon waren die Energie und die Sicherheit. Dabei wurden die Stärkung der gemeinsamen Grenzen sowie der Bau des Energiekorridors als die strategisch wichtigsten Projekte der Ostpartnerschaft hervorgehoben.<sup>177</sup>

Da aber die Partnerschaft im energiepolitischen Bereich darauf abzielt, dass die EU ihre Diversifizierungspolitik in Bezug auf Energiequellen und Transitrouten vorantreiben möchte, gerät dies in Konflikt mit russischen Interessen. Aus diesem Grunde stieß die Ostpartnerschaft auf eine ablehnende Haltung Russlands. So äußerte Medwedew öffentlich im Oktober 2009

<sup>169</sup> Vgl. Fischer, Klemens H.; 2009: S. 41

<sup>170</sup> Vgl. [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 3; Abgerufen am 25.10.12 um 15:00

<sup>171</sup> [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 2; Abgerufen am 25.10.12 um 16:00

<sup>172</sup> Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S.212

<sup>173</sup> Vgl. Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S.212

<sup>174</sup> Vgl. Koszel, Bogdan; 2011: S. 42

<sup>175</sup> Vgl. Möller, Almut; 2010: S. 271

<sup>176</sup> [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 6; Abgerufen am 25.10.12 um 18:00

<sup>177</sup> Vgl. Koszel, Bogdan; 2011: S. 44



sein Misstrauen in Bezug auf das europäische Engagement im Rahmen der östlichen Partnerschaft:

*„Wir machen uns Sorgen, dass vonseiten mancher Staaten Versuche unternommen werden, diese Strukturen als Partnerschaft gegen Russland zu nutzen [...]. Ich möchte nicht, dass die Partnerschaft einzelne Staaten mit einer antirussischen Einstellung gegen Russland konsolidiere.“<sup>178</sup>*

Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Georgien, welche im kommenden Jahr anberaumt ist, könnte nach Meinung von einigen Experten „zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen mit Russland beitragen.“<sup>179</sup>

Allerdings scheinen russische Vorbehalte einschließlich Medwedjews Proteste die EU weniger zu beeindrucken. Im Gegenteil, es ist ein Umdenken in den wichtigen EU-Organen und bei den Mitgliedsstaaten zu beobachten. So hat die Kommission in Bezug auf die europäische Diversifizierung kurz nach dem Kaukasuskonflikt verlautbart: „Recent events in Georgia [...] shown that this is a critical time for energy security and that the EU need to intensify its efforts with regard to the security of supply.“<sup>180</sup>

Das Europäische Parlament hat in Richtung Kreml die Äußerung gewagt, „dass externe Akteure keine Bedingungen für die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten des südlichen Kaukasus stellen dürfen.“<sup>181</sup> Schließlich hat das EU-Parlament die Mitgliedsstaaten und die Kommission dazu aufgefordert:

*„...dass die EU aktiver werden muss, um die Entwicklung der drei Länder zu öffnen, stabilen und demokratischen Ländern, in denen Frieden, Stabilität und Wohlstand herrscht, zu fördern. Die EU sollte hierfür und zur besseren Integration dieser Länder in die europäischen Politiken eine Strategie entwickeln.“<sup>182</sup>*

Bilanzierend lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Zum einen hat Moskau durch seine militärische Intervention in Georgien sein Ziel verfehlt und die Europäer nicht daran gehindert, sich im Südkaukasus zwecks der Energiediversifikation zu engagieren. Vielmehr ist das Gegenteil geschehen: Der massive Einsatz der Europäer bei den Friedensverhandlungen während des Krieges und nach dem Krieg durch die Beobachtermission in der Region sowie ein deutlich erhöhtes Aktivitätsniveau nach dem Kaukasuskonflikt sind ein deutliches Zeichen dafür, dass die EU die Südkaukasusregion von nun an als Teil ihrer aktiven Politikagenda betrachtet. Der Konflikt in Georgien hat den Europäern deutlicher denn je gezeigt, dass sie aktiver werden müssen, um in ihrer Nachbarschaft eine größere Stabilität zu schaffen, aber vor allem um die eigene Energiediversifikation nicht noch einmal aufs Spiel zu setzen.

### 3 Erneuerbare Energiequellen

#### 3.1 Diversifizierung des Energiemixes

Wie wir oben festgestellt haben, ist Georgien als ein Transitland für fossile Brennstoffe wichtig für die Europäische Union. Es ist aber auch in einem anderen Bereich der

---

<sup>178</sup> Koszel, Bogdan; 2011: S. 43

<sup>179</sup> Müller, Martin; Gutbrod, Hans, 2009: S. 213

<sup>180</sup> German, Tracey; 2009: S. 347

<sup>181</sup> [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 3; Abgerufen am 26.10.12 um 10:00

<sup>182</sup> [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf) S. 3; Abgerufen am 26.10.12 um 10:15

Energiepolitik eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien vorstellbar. So könnte die Kaukasusrepublik aufgrund ihrer günstigen topografischen und geografischen Bedingungen einen Beitrag zur europäischen Energiepolitik im Bereich der erneuerbaren Energien leisten. Vorweg sollte aber erwähnt werden, dass der Zusammenarbeit zwischen Tiflis und Brüssel in regenerativen Energien im Unterschied zu fossilen Brennstoffen keine strategische Bedeutung zukommt. Vielmehr könnte sie wirtschaftliche Vorteile für beide Seiten bedeuten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, z.B. durch europäische Direktinvestitionen in georgische Wasserkraftwerke, könnte für eine bessere Integration Georgiens in die EU beitragen. Die in Georgien erzeugte Hydroenergie wäre im Gegenzug nützlich für die Förderung regenerativer Energie sein, welche für die EU einen großen Stellenwert einnimmt.

Bevor wir uns allerdings den Details dieser Kooperation widmen, möchte ich an dieser Stelle die europäische Energiepolitik in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien erläutern. Dabei sollte kurz auf den Beitrag der erneuerbaren Energien in Bezug auf die europäische Energieversorgungssicherheit hingewiesen werden; denn der umfassende Ausbau von regenerativen Energien und die Versorgungssicherheit sind komplementäre Zielsetzungen einer durchdachten Strategie. Dies bedeutet, dass die Diversifizierung der Energie nicht nur alleine auf die Bezugsquelle zu beschränken ist, sondern auch eine Diversifizierung im Sinne des Energiemixes mit sich brächte; denn die Reduzierung des Verbrauchs der fossilen Energieträger durch den Ausbau der regenerativen Energien würde gleichzeitig die Reduzierung der europäischen Importabhängigkeit von Drittländern wie Russland bedeuten. Diese energiepolitische Zielsetzung ist wiederum mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Union eng verflochten.

Dies ist deswegen der Fall, weil die europäische Union langfristig durch den Ausbau von erneuerbaren Energien eine deutliche Reduzierung der europäischen Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern plant.<sup>183</sup> Darauf weist auch die Europäische Kommission hin und schreibt:

*„Unter der Annahme, dass die EU einen Anteil von 20 % erneuerbarer Energieträger erreicht, reduziert sich die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen ab 2020 um jährlich 252 Mio. t RÖE. [...] Von diesen Einsparungen entfallen etwa 200 Mio. t RÖE auf die Einfuhren, wobei auf Öl 55 Mio. t RÖE und auf Gas 90 Mio. t RÖE entfallen, die überwiegend aus dem Nahen Osten und den GUS- Ländern importiert werden.“<sup>184</sup>*

Im weiteren Verlauf der Arbeit werden wir uns deswegen mit den regenerativen Energien unter besonderer Berücksichtigung der Wasserkraft beschäftigen. Anschließend widmen wir uns Georgien, um herauszufinden, welche Partnerschafts- und Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Wasserkraftenergie in der südlichen Kaukasusrepublik zu finden sind.

### 3.2.1 Die Energiepolitik der Europäischen Union im Bereich der erneuerbaren Energiequellen

Die erneuerbaren Energien spielen für die Europäische Union in zweifacher Hinsicht eine wichtige Rolle. Einerseits möchte Brüssel durch mehr regenerative Energie im Gesamtenergiemix die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und somit von Drittländern wie Russland vermindern. Andererseits möchte die EU durch den massiven Ausbau von neuen umweltschonenden Energiequellen einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Die anhalte Diskussion über den Ausbau der erneuerbaren Energie und der damit verbundenen Förderung der umwelt- und ressourcenschonenden Energiepolitik ist zu einem

---

<sup>183</sup> Nötzold, Antje, 2011 S. 307

<sup>184</sup> Europäische Kommission: Fahrplan für erneuerbare Energien, KOM(2006) 848, S. 16

Schlagwort geworden und spielt in der gegenwärtigen politischen Debatte international eine wichtige Rolle. Die Ursachen dieser anhaltenden Debatte sind vielfältig. Eine große Bedeutung kommt dabei dem künftigen weltweiten Anstieg des Energiebedarfes zu. Vor allem die Schwellenländer in Asien und Südamerika verzeichnen bereits jetzt einen rasanten Anstieg der Nachfrage nach Energie. Da die Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen wird, wird sich dieser Trend ebenfalls künftig um ein Vielfaches verstärken.<sup>185</sup>

Da die fossilen Brennstoffe wie Öl und Gas aktuell die wichtigsten Energiequellen sind und höchstwahrscheinlich auf absehbare Zeit bleiben werden, werden mit der zunehmenden Nachfrage auch die Preise ansteigen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Energiekosten immer mehr Anteile der zur Verfügung stehenden Einkommen in Anspruch nehmen werden.<sup>186</sup>

Schließlich spielen auch die Klima- und Umweltschutz eine große Rolle in der gegenwärtigen Energiedebatte. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Emissionen von Öl und Gas von immenser Bedeutung, sondern im zunehmenden Maße auch die Verbrennung von Kohle; denn viele Länder steigen auf Kohle um, um ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten zu verringern. So geht in einem Schwellenland wie China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ans Netz.<sup>187</sup> Die Auswirkungen für die Umwelt sind natürlich verheerend. „Überflutete Inseln im Pazifik, die Menschen zur Migration treibt, schmelzende Gletscher und auch die Verschiebung der Klimazonen, mit allen damit einhergehenden Veränderungen in den Lebensräumen“<sup>188</sup> sind Szenarien, die unsere Lebensgrundlagen bedrohen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden, wenn die Weltgemeinschaft nichts unternimmt, um ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern.

Dass man langfristig nicht auf die fossilen Energiequellen setzen kann, ergibt sich dabei nicht nur aus umweltpolitischen Gründen sondern auch aus rein ökonomischen; denn selbst einige große Ölkonzerne geben zu, dass das Ölzeitalter langsam seinem Ende entgegengeht.<sup>189</sup> Das was für Erdöl gilt, gilt ebenfalls für Kohle oder Erdgas. Gleichzeitig sind die erneuerbaren Energiequellen wie z.B. Sonne, Wind, Wasser oder Geothermie nach den Zeitmaßstäben des Menschen praktisch unerschöpflich.<sup>190</sup>

Als Zwischenbilanz kann man also festhalten dass wegen der Knappheit der fossilen Energiequellen und des wahrscheinlichen rapiden Preisanstiegs in diesem Bereich die EU mittel- und langfristig ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und mehr in den umfassenden Ausbau von regenerativen Energiequellen investieren sollte. Dieses ökonomische Argument wird vor allem durch umweltpolitische Gründe untermauert; denn bereits jetzt sehen wir auf dem ganzen Planeten die negativen Auswirkungen, die durch den exzessiven Verbrauch der fossilen Energieträger verursacht wurden. Ein „Weiterso“ der jetzigen Energiepolitik würde der Umwelt und somit unseren Lebensgrundlagen unwiderruflichen Schaden zufügen.

Bei der Suche nach einer Lösung von den oben aufgeführten Problemen haben die Nationalstaaten erkannt, dass die einzelstaatlichen Lösungsvorschläge ineffizient und nicht zielführend sein können. Auf eine Koordinierung der Umweltpolitik zwecks der Effizienzsteigerung hat sich die Weltgemeinschaft bereits im vergangenen Jahrhundert auf der UN-Ebene geeinigt. Besonders hervorzuheben sind dabei die Vereinbarungen von Marrakesch und das so genannte Kyoto-Protokoll. Die Europäische Union war bei diesem

---

<sup>185</sup> Vgl. Quaschnig, Volker, 2009: S. 19

<sup>186</sup> Vgl. Tiemann, Heinrich, 2010: S. 144

<sup>187</sup> Vgl. Tiemann, Heinrich, 2010: S. 145

<sup>188</sup> Ebd. S. 145

<sup>189</sup> Vgl. Ebd. S. 145

<sup>190</sup> Vgl. Schulenberg, Sebastian, 2009: S. 386

Prozess von Anfang an aktiv beteiligt.<sup>191</sup> Mehr noch, bald übernahm die EU eine führende Rolle im Bereich der Umweltpolitik. Dies beweisen die zahlreichen Beschlüsse der EU-Organe in dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Dazu trug vor allem die Verabschiedung des ersten Klimaschutzprogrammes im Jahre 2002 bei. Seit dem gehören die Reduktion von Emissionen, Ausbau des Emissionshandelssystems, die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der regenerativen Energie zu den wichtigsten Bestandteilen der europäischen Klimapolitik.<sup>192</sup>

Die explizite Förderung der erneuerbaren Energie in einem breiten Umfang wurde 2007 im so genannten 20-20-20 Beschluss des Europäischen Rates festgehalten. Spätestens seit diesem Beschluss gehört die EU international zu dem wichtigsten Vorreiter auf diesem Gebiet. Demnach haben sich alle 27 EU-Staaten verbindlich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energie bis 20 Prozent zu steigern.<sup>193</sup>

Drei Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplanes Eine Energiepolitik für Europa durch den Europäischen Rat, welcher auch unter dem Titel 20-20-20 Beschluss bekannt ist, hat die Europäische Kommission im November 2010 ein neues europäisches Strategiepapier unter dem Namen Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie vorgelegt. Darin hat sie die energiepolitischen Zielsetzungen für die nächsten zehn Jahre vorgestellt. Diese Strategie beinhaltet die Errichtung einer umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung, welche zugleich verlässlich und weniger kostenintensiv sein soll, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht zu gefährden.<sup>194</sup>

Die Kommission hebt dabei die Stromerzeugung besonders hervor, indem sie als Ziel vorgibt, dass „bis Anfang 2020 fast zwei Drittel des Stroms aus CO<sub>2</sub>-armen Quellen stammen“<sup>195</sup> müssen. Dabei wird der erneuerbaren Energiequelle eine höhere Priorität eingeräumt als den anderen CO<sub>2</sub>-armen Energieträgern wie beispielsweise Kernenergie.<sup>196</sup>

Bemerkenswert ist, dass diese Zielsetzungen ebenfalls in Artikel 194 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union primärrechtlich festgehalten wurden:<sup>197</sup>

*„Art. 194 (1) Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele:*

- a) Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts;*
- b) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union;*
- c) Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen und*
- d) Förderung der Interkonnektion der Energienetze.“<sup>198</sup>*

Zwar ist die Förderung und Entwicklung der erneuerbaren Energie im Art. 94 Abs. c) explizit erwähnt, „dies ist jedoch nicht in Form von einer einseitigen und ruckartigen Durchsetzung um jeden Preis, sondern in Form eines fortschreitenden Ausbaus, welche der Energiewirtschaft und den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit einer Anpassung belässt.“<sup>199</sup>

<sup>191</sup> Vgl. Hillebrand, Bernhard Hillebrand, Bernhard [Hrsg.] S. 1

<sup>192</sup> Vgl. Fischer, Severin; 2010: S. 321

<sup>193</sup> Vgl. Wengenmayr, Ronald; 2010: S. 4

<sup>194</sup> Vgl. Haucap, Justus; Coenen, Michael, 2011: S. 2

<sup>195</sup> Europäische Kommission (2010, S. 6)

<sup>196</sup> Vgl. Europäische Kommission (2010, S. 6)

<sup>197</sup> Vgl. Haucap, Justus; Coenen, Michael, 2011: S. 2

<sup>198</sup> Schwartmann, Rolf Hg. Der Vertrag von Lissabon, 2011: S. 90

<sup>199</sup> Schulenberg, Sebastian, 2009: S. 386

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Europäische Kommission neben der eher mittelfristigen Strategie Energie 2020 noch ein weiteres langfristiges Zielpaket unter dem Titel Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub> armen Wirtschaft bis 2050 verabschiedet hat. Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990. Dabei kommt dem Bereich der elektrischen Stromproduktion eine zentrale Rolle zu; denn nach der Konzeption der Europäischen Kommission soll im Jahr 2050 die Stromerzeugung dank dem umfassenden Ausbau von regenerativen Energiequellen praktisch ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgen.<sup>200</sup>

Man muss aber auch darauf hinweisen, dass trotz der spürbaren Erfolge auf dem Gebiet der erneuerbaren Energiequellen die Europäische Union aufgrund der weniger koordinierten Vorgehensweise nicht immer die optimalen Ergebnisse verzeichnet. Dies verdeutlichen vor allem die national sehr unterschiedlichen Förderungsmaßnahmen im Bereich der regenerativen Energie. Ein gutes Beispiel ist die Förderung von Photovoltaik-Anlagen. So stehen in einem vergleichsweise sonnenarmen Land wie Deutschland mehr als die Hälfte der Photovoltaik-Anlagen als dies in allen EU-Staaten der Fall ist. Es wäre aber viel konsequenter die Photovoltaik-Anlagen in Südstaaten zu installieren, da aufgrund der deutlich intensiveren Sonnenstrahlung im Süden eine effizientere Ausnutzung der regenerativen Energiequellen gewährleistet werden könnte.<sup>201</sup> Diese unkoordinierte und letztendlich ineffektive Gestaltung der regenerativen Energiepolitik ist der Tatsache geschuldet, dass es sich laut Artikel 4 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei der Energiepolitik nicht um eine supranationale, sondern um eine geteilte Kompetenz handelt, d.h. die Kommission teilt im Bereich der Energiepolitik die Zuständigkeit mit den Mitgliedsstaaten,<sup>202</sup> weshalb sie nicht eine EU-weit koordinierte und somit effiziente Energiepolitik durchsetzen kann.

Trotz der Koordinierungslücken lässt sich als Zwischenbilanz festhalten, dass sowohl im mittelfristigen als auch im langfristigen Strategiepapier der Kommission die CO<sub>2</sub>-arme Stromproduktion eine besonders wichtige Rolle einnimmt. Dabei stellt die Elektrizität aus der Wasserkraft eine bessere Alternative dar, weil sie sich kostengünstig und beständig produzieren lässt.

### 3.3 Wasserkraft

Vergleicht man die Kosten-Nutzen-Relation von einzelnen Stromerzeugern im Bereich der regenerativen Energie, so schneiden die Wasserkraftwerke am besten ab, denn: „Trotz hoher Investitionskosten wegen der aufwendigen Ober- und Unterwasserbauwerke gehören Wasserkraftwerke aufgrund der langen Lebensdauer und der geringen Betriebskosten zu den kostengünstigsten Stromerzeugern, die wir kennen.“<sup>203</sup>

Die wichtigsten Vorteile der Wasserkraftwerke gegenüber den Kraftanlagen, die auf der fossilen Stromproduktion basieren, wie z.B. Gaskraftwerk oder Kohlekraftwerk, bestehen darin, dass keine klimagefährdenden Emissionen auftreten und keine Zahlungen für den Brennstoffbezug anfallen.<sup>204</sup>

Zudem haben die Wasserkraftwerke eine lange Tradition. Sie produzieren den Strom seit dem 19. Jahrhundert, d.h. ihre Technologie ist weit mehr ausgereift als dies bei anderen Kraftwerken im Bereich der erneuerbaren Energien der Fall ist. Der hohe Grad der Technologieentwicklung trägt zu einem sehr hohen Wirkungsgrad bei der Stromerzeugung bei. Moderne Turbinen und Generatoren können bis zu 90 Prozent der kinetischen Energie

---

<sup>200</sup> Vgl. Haucap, Justus; Coenen, Michael, 2011: S. 3

<sup>201</sup> Vgl. Haucap, Justus; Coenen, Michael, 2011: S. 10

<sup>202</sup> Vgl. Schulenberg, Sebastian, 2009: S. 377

<sup>203</sup> Kleemann, Manfred; 2002: S. 390

<sup>204</sup> Auer, Josef; 2010: S. 1

des fließenden Wassers in Elektrizität umwandeln. Der Wirkungsgrad anderer Kraftwerke ist vergleichsweise gering. So erreichen Leichtwasser-Reaktoren nur 33 Prozent des Wirkungsgrades. Kohlkraftwerke schaffen gut 40 Prozent des Wirkungsgrades und moderne Erdgas-Kombikraftwerke 60 Prozent.<sup>205</sup> Wasserkraft biete aber auch noch weitere Vorzüge. Die Energielieferung aus den Wasserkraftanlagen ist viel beständiger und somit zuverlässiger als bei anderen regenerativen Energiequellen, weil sie „unabhängig vom Tages-rhythmus ist, d.h. nicht vom Scheinen der Sonne oder dem Windaufkommen bestimmt wird. Dies ermöglicht eine dauerhafte und kontinuierliche Stromerzeugung.“<sup>206</sup>

Bilanzierend lässt sich Folgendes sagen: Die ausgereifte Technologie, die kostengünstige sowie die beständige Stromproduktion machen die Wasserkraftwerke für potentielle Investoren mittel- und langfristig erfolgsversprechender als alle anderen stromerzeugenden Kraftwerke.

Im Jahre 2006 haben die Wasserkraftwerke laut der OECD weltweit ca. 16 Prozent des gesamten Bedarfes an Elektrizität produziert und somit die Atomkraftwerke hinter sich gelassen, d.h. die Wasserkraftwerke produzieren nicht nur die kostengünstigste Elektrizität, sondern sie versorgen fast ein Sechstel der Weltbevölkerung mit elektrischer Energie und sind somit die weltgrößte erneuerbare Energiequelle.<sup>207</sup>

Dabei muss man zwischen großen und kleineren Wasserkraftwerken unterscheiden. Aus ökonomischer Sicht sind die größeren Kraftwerke attraktiver, da sie mehr Gewinne erzielen lassen. So erzeugten die Großanlagen in Deutschland im Jahre 2002 Strom zu 0,02 – 0,04 €/kWh, Kleinanlagen hingegen zu 0,06 – 0,11 €/kWh.<sup>208</sup> Gleichzeitig sind die Großanlagen aber aus Umweltschutzgründen sehr umstritten, denn „Wasserkraft im großen Still fordert immer einen hohen Preis. Sie kann ganze Landstriche, Ökosysteme und soziale Strukturen verändern. Oder gar zerstören.“<sup>209</sup> Im Gegensatz dazu passen Kleinanlagen sehr gut in Landschaft und Natur und verursachen somit keine erheblichen Umweltschäden.<sup>210</sup>

Es ist erwähnenswert, dass Nutzung und Erzeugung der erneuerbaren Energie aus der Wasserkraft regional unterschiedlich ist und meistens mit geografischen und topografischen Bedingungen zusammenhängt. Deswegen sind ihre Anteile in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich repräsentiert. In Ländern Nord- und Südamerikas wie z.B. in Kanada und Brasilien deckt die durch die Wasserkraft erzeugte Elektrizität mehr als die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs ab. In EU-Staaten werden diese Spitzenwerte nur in Alpenländern wie Österreich und der Schweiz sowie in Nordeuropa, vor allem in Schweden, erreicht.<sup>211</sup> Dies hängt damit zusammen, dass diese Länder günstige topografische Verhältnisse aufweisen, die für den Bau eines Wasserkraftwerkes ausschlaggebend sind. Zu solchen topografischen Verhältnissen zählen der Verlauf der Flüsse, Niederschlags- und Schmelzwassermenge und die Höhenunterschiede.<sup>212</sup> Vor allem der letzte Faktor ist sehr wichtig, denn „mit wachsender Fallhöhe des Wassers steigt auch seine kinetische Energie“<sup>213</sup> und somit der Stromertrag. Dies bedeutet, dass die Flüsse in Gebirgsregionen besonders gut für den Bau der effizienten Wasserkraftwerke geeignet sind.

Das wirtschaftliche Potential für den Ausbau von Wasserkraftanlagen in solchen Gebirgsregionen in den EU-Staaten ist weitgehend erschöpft. Daher besteht in diesen Ländern kaum noch eine Ausbaumöglichkeit. Allerdings gibt es in anderen Regionen der Erde noch ein

---

<sup>205</sup> Vgl. Wengenmayr, Ronald; 2010: S 26

<sup>206</sup> Auer, Josef; 2010: S. 3

<sup>207</sup> Vgl. Wengenmayr, Ronald; 2010: S 26

<sup>208</sup> Vgl. Kleemann, Manfred; 2002: S. 390

<sup>209</sup> Wengenmayr, Ronald; 2010: S 29

<sup>210</sup> Vgl. Quaschnig, Volker, 2009: S. 291

<sup>211</sup> Vgl. ebd. S. 290

<sup>212</sup> Vgl. ebd. S. 292

<sup>213</sup> Wengenmayr, Ronald; 2010: S 27

umfangreiches Potenzial für die wirtschaftlich gewinnbringende Stromproduktion aus der Wasserkraft.<sup>214</sup> Zu diesen Regionen zählen auch Südosteuropa und der Südkaukasus.

### 3.4 Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien im Bereich der Hydroenergie

Das Potential einer wirtschaftlich und politisch gewinnbringenden Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien im Bereich der Wasserkraftenergie ist vergleichsweise hoch. Dies ergibt sich aus mehreren Gründen.

Erstens ist die gleiche Interessenlage ein ausschlaggebender Faktor. So möchte die Europäische Kommission den Ausbau von erneuerbaren Energien massiv fördern, weil „...die erneuerbaren Energien einen signifikanten Beitrag zur Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung, zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.“<sup>215</sup>

Man möchte also erneuerbare Energiequellen fördern, ohne allerdings die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Dabei stellt, wie wir oben festgestellt haben, die Wasserkraft die kostengünstigste und zuverlässigste regenerative Energie dar. Gleichzeitig könnte Georgien günstige und emissionsfreie Hydroelektroenergie den EU-Staaten anbieten. Ein Blick über Stromgewinnung durch Wasser in Georgien sollte ein hohes Potential des Landes in diesem Bereich aufzeigen.

Die Elektrizitätsgewinnung durch Wasserkraft hat eine lange Tradition in Georgien. Das erste Wasserkraftwerk wurde bereits 1898 in Betrieb genommen. Danach wurden mehr als fünfzig weitere Wasserkraftwerke in Georgien gebaut. Dabei ist die Enguri-Staumauer die höchste Bogenstaumauer auf der gesamten Welt sowie die weltweit dritthöchste Staumauer überhaupt.<sup>216</sup> Gleichzeitig wurde die Stromproduktion seit 2003 deutlich erhöht, so dass Georgien gegenwärtig ein Nettoexporteur des regenerativen Stroms ist. Gleichzeitig wäre das wirtschaftlich nutzbare Potential um ein Vielfaches mehr. So plant man, bis 2020 die Stromproduktion 6,7 mal zu steigern.<sup>217</sup> Dies bedeutet wiederum, dass gegenwärtig ca. fünfzehn Prozent des wirtschaftlich nutzbaren Potentials erschlossen sind. Würde man dieses Potential voll ausschöpfen können, so würde man die ökologisch saubere Hydroelektroenergie auch in die EU-Staaten exportieren und dadurch zur Emissionssenkung in diesen Ländern beitragen.

Der georgischen Führung ist dieses Potential durchaus bewusst. Dementsprechend hat sie im Rahmen der Renewable energy 2008 78 Wasserkraftprojekte ausgeschrieben. Insgesamt sollen bis 2014 Strom in Höhe von 2 Milliarden US Dollar exportiert werden. Langfristig möchte man Elektrizität aus der Wasserkraft zum größten Exportprodukt des Landes machen.<sup>218</sup> Gleichzeitig muss aber auch erwähnt werden, dass Georgien gegenwärtig und in der nahen Zukunft Strom in die Nachbarländer, vor allem in die Türkei, exportieren wird. Mittel- und langfristig sind aber auch Exporte in die EU für beide Seiten durchaus vielversprechend: „The potential for increased electricity exports to Russian regions neighbouring Georgia and the EU also look promising.“<sup>219</sup>

Um die georgische Wasserkraftenergie in die Türkei und in den europäischen Strommarkt zu exportieren, wurde im Rahmen des Großprojekts Black Sea Energy Ttransmission durch die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) sowie durch die Europäische Investment Bank die Installierung von leistungsfähigen 500kv-Stromleitungen

---

<sup>214</sup> Vgl. Quaschnig, Volker, 2009: S. 291

<sup>215</sup> [http://ec.europa.eu/energy/renewables/doc/communication/2012/comm\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/renewables/doc/communication/2012/comm_de.pdf) S. 4; Abgerufen am 27.10.2012 um 18:45

<sup>216</sup> Vgl. [http://bankofgeorgia.ge/reports/give\\_green\\_light\\_to\\_water.pdf](http://bankofgeorgia.ge/reports/give_green_light_to_water.pdf) S. 25; Abgerufen am 27.10.2012 um 18:50

<sup>217</sup> Vgl. [http://bankofgeorgia.ge/reports/give\\_green\\_light\\_to\\_water.pdf](http://bankofgeorgia.ge/reports/give_green_light_to_water.pdf) S. 4; Abgerufen am 27.10.2012 um 18:55

<sup>218</sup> Vgl. Klinder, Sarah; 2010: S 2

<sup>219</sup> [http://bankofgeorgia.ge/reports/give\\_green\\_light\\_to\\_water.pdf](http://bankofgeorgia.ge/reports/give_green_light_to_water.pdf) S. 4; Abgerufen am 27.10.2012 um 19:55

mit rund 45 Millionen Euro finanziert.<sup>220</sup>

Des Weiteren finanzierte die EBRD die Sanierung des größten georgischen Wasserkraftwerks mit einem Kredit in Höhe von 48,5 Millionen US Dollar. Seitdem produziert das Wasserkraftwerk rund 1300 Megawatt Elektroenergie.<sup>221</sup> Zur besseren Veranschaulichung kann man Vergleichswerte aus deutschen Kraftwerken heranziehen. Das größte Wasserkraftwerk, Goldistahl in Thüringen, welches gleichzeitig die größte Menge an regenerativer Energie in Deutschland produziert, hat insgesamt eine Leistung in der Höhe von 1050 Megawatt.<sup>222</sup>

Zwischen der EU und Georgien gibt es aber auch eine politische Interessenübereinstimmung; denn einerseits möchte Georgien eine stärkere Integration in europäische Strukturen erreichen. Andererseits ist die Europäische Union insbesondere nach dem Kaukasuskonflikt bemüht, die Zusammenarbeit mit der georgischen Republik zu intensivieren, um eine gewisse Stabilität an den eigenen Grenzen zu schaffen sowie um eine reibungslose Lieferung von strategisch wichtigen fossilen Brennstoffen durch das Transitland Georgien zu gewährleisten. Deswegen „rückt die Südkaukasus-Politik in der EU mehr in den Vordergrund. Mit Initiativen wie der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeer- Synergie hat sich Brüssel stärker nach Osten orientiert.“<sup>223</sup>

Allerdings ist hier anzumerken, dass für die Südkaukasusstaaten ein starker Lobbystaat innerhalb der EU fehlt. So waren beispielsweise die skandinavischen Länder große Lobbyisten für die baltischen Staaten, so wie Frankreich ein großer Fürsprecher für die Mittelmehrstaaten ist. Auch wenn sich Polen und Schweden in der letzten Zeit immer stärker für die östlichen Nachbarn der EU einsetzen, weist Meister allerdings mit Recht darauf hin, dass mit einer deutschen Unterstützung das Engagement für die Kaukasusstaaten sich wirkungsvoller gestalten ließe, da Deutschland sehr gut die Rolle eines starken Fürsprechers für die östlichen Nachbarländer der EU erfüllen könnte.<sup>224</sup> Deutschland könnte diese Rolle auch deswegen gut erfüllen, weil es in der Lage wäre „einerseits gute Beziehungen zu Russland zu pflegen und andererseits die bilateralen Beziehungen zu den postsowjetischen Staaten zu intensivieren.“<sup>225</sup>

Gleichzeitig weist Meister aber auch darauf hin, dass es der Bundesregierung „an einer Vision für eine erfolgreiche europäische Politik gegenüber den östlichen Nachbarn“<sup>226</sup> fehlt. Nach meiner festen Überzeugung könnte diese Vision bzw. die inhaltliche Basis einer erfolgreichen Kooperation eine gemeinsame Energiepolitik darstellen. Dabei nimmt die Zusammenarbeit im fossilen Energiebereich bereits heute eine wichtige strategische Rolle ein. Die Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien könnte dann diese energiepolitische Zusammenarbeit ergänzen. Dies sollte insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland von immenser Bedeutung sein, da die jetzige Bundesregierung einen großen Wert auf die Förderung regenerativer Energiequellen legt.

Tatsächlich interessiert sich in der letzten Zeit immer häufiger zumindest ein Teil der deutschen Politiker für Georgien. Dafür spricht auch der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in dem eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien erwünscht ist: „...eine nähere Anbindung an die EU liegen im Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Dies wird durch die Bedeutung Georgiens als wichtiger

---

<sup>220</sup> Vgl. Klinder, Sarah; 2010: S 2

<sup>221</sup> Vgl. Klinder, Sarah; 2010: S 3

<sup>222</sup> Vgl. Strobl, Theodor; 2006: S. 320

<sup>223</sup> Meister, Stefan; 2010: S. 98

<sup>224</sup> Vgl. ebd. S. 100

<sup>225</sup> ebd. S. 100

<sup>226</sup> ebd. S. 100



Transitkorridor für Energielieferungen nach Europa verstärkt.“<sup>227</sup> Im Bundestagsantrag wird auch die Kooperation zwischen der EU und Georgien im Bereich der erneuerbaren Energien explizit thematisiert. So sieht Artikel 28 die stärkere Einbindung des Landes in den europäischen Energiemarkt vor. Der Artikel 29 beinhaltet darüber hinaus die Förderung der erneuerbaren Energiequellen.<sup>228</sup>

Als Zwischenbilanz kann man also festhalten, dass die Energiepolitik zwischen der EU und Georgien eine bestgeeignete inhaltliche Basis für die tiefgreifende Zusammenarbeit wäre. Dabei nimmt die Zusammenarbeit im fossilen Energiebereich bereits heute eine wichtige strategische Rolle ein. Die Erschließung der Hydroelektroenergie könnte dann diese Kooperation erheblich erweitern, da es eine große Interessenübereinstimmung in diesem Bereich auf beide Seiten vorhanden ist.

## Zusammenfassung

Die sichere Energieversorgung ist lebenswichtig für den Wohlstand der EU-Staaten. Dabei steigen die Energiepreise kontinuierlich an. Künftig wird sogar aufgrund der Knappheit der fossilen Energiequellen mit einem rapiden Preisanstieg gerechnet. Gleichzeitig ist die EU bereits heute der Tatsache konfrontiert, dass einige energieexportierende Länder ihre Energieressourcen zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen instrumentalisieren. Besonders markante Beispiele sind die so genannten „Gaskriege“ zwischen dem Kreml und osteuropäischen Staaten. Auf der anderen Seite machen sich energieimportierende Länder im Falle einer Importabhängigkeit politisch erpressbar. In Bezug auf die Europäische Union spielt vor allem die Importabhängigkeit von russischen Energieressourcen als ein großer Risikofaktor für ihre Energieversorgungssicherheit. Diese Bedenken sind dabei durchaus ernst zu nehmen; denn die russische Führung sieht in den riesigen Energieressourcen des Landes nicht nur kommerzielle Vorteile, sondern auch ein geopolitisches Potential der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik. Daher ist Moskau bestrebt, Russlands verlorengegangene Großmachtstellung durch seine Erdöl- und Erdgasressourcen wiederherzustellen. Zu diesem Zweck unternimmt der Kreml Anstrengungen, sich als Monopolversorger der EU-Staaten zu etablieren.

Die Europäische Union ist wiederum bestrebt, ihre Energiebezugsquellen und Transitrouten zu diversifizieren, um sich aus der russischen Energieimportabhängigkeit zu befreien. Deswegen möchte sich die EU einen Zugang zu den billigeren Energiereserven im Kaspischen Becken unter Umgehung des Russischen Territoriums verschaffen. Zu diesem Zweck sind die Europäer bemüht, neben den bestehenden Erdölpipelines, noch weitere Gaspipelines durch den so genannten Südlichen Korridor zu verlegen.

Für Moskau sind die europäischen Pipelinepläne ein Dorn im Auge. Der Kreml ist strikt gegen dieses Vorhaben, denn ein freier Zugang der Europäer zu den zentralasiatischen und kaspischen Erdgasvorkommen würde nicht nur Russlands Stellung als größten Energielieferanten der EU maßgeblich schwächen, sondern dies würde auch große kommerzielle Nachteile für den Kreml bedeuten. Ausgehend aus dieser Interessenlage versucht Russland durch seine aggressive Pipelinepolitik Gazprom zum Gasmonopolversorger der EU-Staaten zu machen. Des Weiteren ist die russische Führung bemüht, durch die bevorzugte Partnerschaften mit einigen Partnerländern, die gesamteuropäische Diversifizierungsversuche zu torpedieren.

Im Spannungsfeld der russisch-europäischen Energiekonflikte bekommt Georgien eine strategisch wichtige Rolle, weil Georgien als einziges Transitland für die Lieferungen der

---

<sup>227</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708778.pdf> S. 1. Abgerufen am 28.10.2012 um 15:00

<sup>228</sup> Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708778.pdf> S. 5. Abgerufen am 28.10.2012 um 15:10

Energieträger aus dem kaspischen und zentralasiatischen Raum für die EU in Frage kommt; denn im Unterschied zu zentralasiatischen Ländern und Aserbaidschan hat Georgien sowohl einen Meereszugang als auch direkte Grenzen mit dem NATO-Staat Türkei. Deswegen hat Georgien eine strategische Bedeutung für den Transit von Erdöl- und Gaslieferungen für die EU. Andere Transitrouten wären für Brüssel nicht hinnehmbar, weil sie entweder nördlich über das russische Territorium oder südlich über den Iran verlaufen sollen. Neben den Europäern engagieren sich in der Südkaukasusregion auch Amerikaner. Für die USA spielt Georgien nicht nur als ein Energietransitland eine wichtige Rolle, sondern das Weiße Haus verfolgt daneben noch weitere außenpolitische strategische Ziele. Die Vereinigten Staaten möchten durch die Anbindung der südkaukasischen und zentralasiatischen Staaten an den NATO-Staat Türkei den persischen und vor allem russischen Regionaleinfluss zurückdrängen. Aus diesem Grunde setzten sich die Vereinigten Staaten für eine beschleunigte Aufnahme Georgiens in die NATO ein.

Russland betrachtet hingegen das westliche Engagement in der Region sehr skeptisch. Der Kreml scheut keine Mühe und nutzt alle Mittel, um seine Monopolstellung als Energielieferant der EU zu verteidigen. Moskau ist durchaus bewusst, dass Georgien für die europäische Energiediversifikation eine Schlüsselrolle zukommt. Deswegen möchte der Kreml mit allen Mitteln Georgien unter seine Kontrolle bringen sowie die Europäer und Amerikaner aus der Region raushalten. Aus diesem Grund ist Georgien am stärksten dem russischen Druck ausgesetzt. Ausgehend aus diesem hohen Konfliktpotential haben viele Experten noch Jahre vor dem Krieg vor einer militärischen Eskalation der Lage in Georgien gewarnt und die Europäer dazu aufgerufen mehr Verantwortung für die Sicherheit der Region zu übernehmen. Seit dem August-Krieg ist dann tatsächlich ein erhöhtes Niveau der Aktivitäten seitens der Europäischen Union in Georgien zu beobachten. So haben die Europäer zur Beilegung des Konflikts maßgeblich beigetragen. Des Weiteren hat Brüssel zur dauerhaften Friedenssicherung 200 unbewaffnete Beobachter nach Georgien geschickt. Schließlich hat Brüssel mit Georgien nach dem Kaukasuskrieg mehrere Abkommen geschlossen und die Republik Georgien wurde in die Östliche Partnerschaft der EU aufgenommen. Nach Ansicht vieler Experten zielen diese Bemühungen auf die stärkere Integration des Landes in die EU ab.

Abschließend lässt sich sagen, dass Georgien als ein Transitland für fossile Brennstoffe maßgeblich zur Energiediversifikation der EU-Staaten beiträgt. Es ist aber auch in einem anderen Bereich der Energiepolitik eine Zusammenarbeit zwischen dem Kaukasusland und der EU vorstellbar. So ist das Potential einer wirtschaftlich und politisch gewinnbringenden Kooperation zwischen der EU und Georgien im Bereich der Wasserkraftenergie vergleichsweise hoch; denn aufgrund der günstigen topografischen und geografischen Bedingungen verfügt Georgien über ein hohes Potential im Bereich der Hydroelektroenergie. Würde man dieses Potential voll ausschöpfen können, so würde man die ökologisch saubere Hydroelektroenergie auch in die EU-Staaten exportieren und dadurch zur Emissionsenkung in diesen Ländern beitragen.

In Bezug auf die eingangs gestellte Frage, welche Rolle Georgien bei der Energieversorgungssicherheit der EU spielen kann, lässt sich abschließend folgende Antwort geben: Georgien als ein strategisch sehr wichtiges Transitland kann maßgeblich zur Energiediversifikation und somit zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit der EU beitragen. Des Weiteren könnte die Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien die energiepolitische Zusammenarbeit im Bereich der fossilen Brennstoffe ergänzen.

Als Fazit kann man festhalten, dass die Energiepolitik zwischen der EU und Georgien eine bestgeeignete inhaltliche Basis für die tiefgreifende Zusammenarbeit wäre. Dabei nimmt die Zusammenarbeit im fossilen Energiebereich bereits heute eine wichtige strategische Rolle ein. Die Erschließung der Hydroelektroenergie könnte dann diese Kooperation erheblich

erweitern, da es eine große Interessenübereinstimmung in diesem Bereich auf beide Seiten vorhanden ist.

## Literaturverzeichnis

- Erneuerbare Energie. Alternative energiekonzepte für die (2009). [S.l.]: Wiley-Vch Verlag GmbH.
- Becher, Klaus (2007): Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien. Wien: IILP.
- Böhme, Dimo (2010): EU-Russia energy relations: what chance for solutions? A focus on the natural gas sector/ Dimo Böhme. [Online-Ausg.]. Potsdam: Univ.-Verl.
- Bollinger-Kanne; Josephine (2007): Gazproms Ambitionen und europäische Mission. In: Reinhard Meier-Walser (Hg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung. München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 135–153.
- Cornell, Svante E.; Fariz Ismailzade (2005): The Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline: Implications for Azerbaijan. The Baku-Tbilisi-Ceyhan pipeline; Oil window to the West. Washington, D.C, Uppsala, Sweden: Central Asia-Caucasus Institute; Silk Road Studies Program.
- Egenhofer, Christian (2008): Europäische Energieaußenpolitik. In: Weltvertägliche Energieaußenpolitik. In: Jahrbuch internationale Politik 2005 - 2006 (27), S. 303–307.
- Europäische Kommission (2007): Fahrplan für erneuerbare Energien Erneuerbare Energien im 21. Jahrhundert: Größere Nachhaltigkeit in der Zukunft. MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT; KOM(2006) 848 endgültig.
- Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie, SEK(2010) 134, KOM(2010) 639 endgültig.
- Fischer; Christian: Südkaukasien im Spannungsfeld divergierender Energieinteressen. S. 275 - 293. 88. Aufl. Hg. v. Reinhard C. Meier-Walser. Berichte & Studien / Hanns-Seidel-Stiftung. München (Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung).
- Fischer, Klemens H. (2009): Die transatlantischen Beziehungen. Zwei Partner auf der Suche nach einer neuen Basis. In: ZS Aussen Sicherh. Polit 2 (1), S. 35–44.
- Frenz, Walter; Kane, Anna-Miriam (2010): Die neue europäische Energiepolitik. In: NuR 32 (7), S. 464–475.
- Gazadze, Ekaterina; Shengelia, George (2012): Georgia's Hydropower Potential. Giving water the green light. Georgia's Hydropower Potential. Bank of Georgia. Online verfügbar unter [http://bankofgeorgia.ge/reports/give\\_green\\_light\\_to\\_water.pdf](http://bankofgeorgia.ge/reports/give_green_light_to_water.pdf).
- Geden, Oliver; Fischer, Severin (2008): Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Bestandsaufnahme und Perspektiven. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- German, Tracey C. (2009): Pipeline politics: Georgia and energy security. In: Small Wars & Insurgencies 20 (2), S. 344–362.
- Götz, Roland (2008): Energiepotentes Russland. In: Weltvertägliche Energieaußenpolitik. In: Jahrbuch internationale Politik 2005 / 2006 (27), S. 116–126.
- Gumpel, Werner (2007): Alternativen zur europäischen Energieversorgung-Die Türkei als Energiebrücke. S. 305 - 321. Berichte & Studien / Hanns-Seidel-Stiftung. Hg. v. Reinhard C. Meier-Walser. Hanns-Seidel-Stiftung. München (Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, 88).
- Haas, Marcel de (2011): Russland und die SCO S. 43-53. In: Herausforderung Eurasien. Potsdam: Welttrends, Univ. Potsdam.
- Hacke, Christian (2007): Deutsche Energiesicherheit als nationale und zugleich gemeinsame Aufgabe im Zeichen neuer Unsicherheit S. 21 - 31. Hg. v. Reinhard C. Meier-Walser. München (Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung).

- Hantke, Martin (2009): Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland S. 52-57. In: Kein Frieden in der Nato; Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. und DFG-FK. Tübingen.
- Haucap, Justus; Coenen, Michael (2011): Mehr Plan- als Marktwirtschaft in der energiepolitischen Strategie 2020 der Europäischen Kommission. Düsseldorf: DICE (DICE ordnungspolitische Perspektiven, 11). Online verfügbar unter
- Heinrich, Andreas (2008): Under the Kremlin's Thumb: Does Increased State Control in the Russian Gas Sector Endanger European Energy Security? In: Europe-Asia Studies 60 (9), S. 1539–1574.
- Henry, Helén: The EU's energy security dilemma with Russia. In: POLIS Journal 2010.
- Heusgen, Christoph (2008): Bundeskanzleramt: Energie als Machtwörung der internationalen Politik. In: Weltvertägliche Energieaußenpolitik. In: Jahrbuch internationale Politik 2005 / 2006 (27), S. 49–54.
- Hillebrand, Bernhard; Heins, Bernd [Hrsg.] (2002): Zertifikatehandel für CO2-Emissionen auf dem Prüfstand. Ausgestaltungsprobleme des Vorschlags der EU für eine "Richtlinie zum Emissionshandel" ; Forschungsergebnisse einer Projektgruppe. Münster: Lit.
- Jäger, Thomas; Höse, Alexander; Oppermann, Kai (Hg.) (2011): Deutsche Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jawad, Pamela (2006): Europas neue Nachbarschaft an der Schwelle zum Krieg. Zur Rolle der EU in Georgien. Frankfurt am Main: HSFK.
- Jobelius, Matthias; Krumm, Reinhard (2009): Der Kaukasus-Konflikt. Russland und Georgien ein Jahr danach. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, Abt. Internat. Dialog.
- Josef Auer (2010): Wasserkraft in Europa; Alpenregion, Skandinavien Alpenregion, Skandinavien und Südosteuropa reich an Chancen. Aktuelle Themen493; Energie und Klimawandel. In: Deutsche Bank Research.
- Kaim, Markus (2009): Back to the Future. Die amerikanische NATO-Debatte zu Beginn der Präsidentschaft Barack Obamas. In: ZS Aussen Sicherh. Polit 2 (2), S. 212–233.
- Kleemann, Manfred (2002): Windenergie, Wasserkraft, Gezeitenenergie und Erdwärme. In: Eckhard Rebhan (Hg.): Energiehandbuch. Gewinnung, Wandlung und Nutzung von Energie ; mit 202 Tabellen. Berlin: Springer (Engineering online library).
- Klinder, Sarah (2010): Wasserkraft. Georgien Kompakt. Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien (DWVG). Tbilisi.
- Kozel, Bogdan (2011): Neue Herausforderungen der EU-Ostpartnerschaft. In: WeltTrends 2011-05-01 (78), S. 41–48.
- Kreft, Heinrich (2007): Die geopolitische Dimension der Energiesicherheit aus deutscher und europäischer Sicht. Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 88. Hg. v. Reinhard C. Meier-Walser. Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 88. München (Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, 88).
- Kříž, Zdeněk; Shevchuk, Zinaida (2011): Georgian readiness for NATO membership after Russian-Georgian armed conflict. In: Communist and Post-Communist Studies 44 (1), S. 89–97.
- Lynch, Dov (2006): Why Georgia matters. Paris: Institute for Security Studies, European Union.
- MacFarlane, S. Neil (2008): Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion – der Fall Georgien/Südossetien. OSZE-Jahrbuch.
- Meier-Walser, Reinhard (Hg.) (2007): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung. München: Hanns-Seidel-Stiftung.

- Meister; Stefan (2010): Mehr Verantwortung, Bitte! Wir brauchen eine Südkaukasus-Strategie. In: Internationale Politik und Gesellschaft : IPG = International politics and society 65 (6), S. 97–102.
- Möller, Almut (2010): Die EU zwischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. In: DER BÜRGER IM STAAT 60 (3), S. 267–273.
- Mousavi, Mohammad (2010): Some Notes on the Caspian Energy and Ethnic Conflicts in the Caucasus. In: Iran and the Caucasus 14 (1), S. 159–168.
- Müller, Friedmann (2008): Ölräusch in der kaspischen region, Zentralasien und der türkischen Schwarzmeerregion. In: Weltvertägliche Energieaußenpolitik. In: Jahrbuch internationale Politik 2005 / 2006 (27), S. 127–135.
- Müller, Martin; Gutbrod, Hans (2009): Europa bis zum Kaukasus? EUphorie in Georgien. In: Europa regional (17(04)), S. 210–220.
- Nötzold, Antje (2011): Die Energiepolitik der EU und der VR China. Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit. In: Energiepolitik der EU und der VR China.
- Papava, Vladimer (2005): The Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline: Implications for Georgia. In: Starr, S. Frederick; Cornell, Svante E. (Hg): The Baku-Tbilisi-Ceyhan pipeline. Oil window to the West, S. 85–103.
- Quaschnig, Volker (2009): Regenerative Energiesysteme. Technologie - Berechnung - Simulation ; mit 113 Tabellen und einer DVD. 6. Aufl. München: Hanser.
- Rebhan, Eckhard (Hg.) (2002): Energiehandbuch. Gewinnung, Wandlung und Nutzung von Energie ; mit 202 Tabellen. Berlin: Springer (Engineering online library).
- Reiter, Erich (Hg.) (2009): Die Sezessionskonflikte in Georgien. Wien ;, Köln, Weimar: Böhlau.
- Schaffer, Marvin Baker (2008): The great gas pipeline game: monopolistic expansion of Russia's Gazprom into European markets. In: foresight 10 (5), S. 11–23.
- Schulenberg, Sebastian (2009): Die Energiepolitik der Europäischen Union. Eine kompetenzrechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung finaler Kompetenznormen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schwartzmann, Rolf (Hg.) (2011): Der Vertrag von Lissabon. EU-Vertrag, Vertrag über die Arbeitsweise der EU; konsolidierte Fassungen. 4., überarb. Aufl., Stand: Februar 2011. Heidelberg ;, München ;, Landsberg ;, Frechen ;, Hamburg: Müller.
- Smith, C. Keith (2008): Russian Energy Policy and its Challenge to Western Policy Makers. CSIS. Washington, D.C.
- Strobl, Theodor (2006): Wasserbau. Aktuelle Grundlagen - neue Entwicklungen. 1. Aufl. Berlin: Springer.
- Svante E. Cornell, Mamuka Tsereteli and Vladimir Socor (2005): Geostrategic Implications of the Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline. In: Starr, S. Frederick; Cornell, Svante E.: The Baku-Tbilisi-Ceyhan pipeline Oil window to the West, S. 17–39.
- Ther, Philipp (2011): Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa. 1. Aufl. s.l: Vandenhoeck Ruprecht. Online verfügbar unter <http://www.gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=849590>.
- Tiemann, Heinrich (2010): Energieaußenpolitik im Rahmen der Europäischen Union; S. 143 - 149. In: Energiewirtschaft in Europa; Im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik, Wettbewerb und Versorgungssicherheit.
- Tsereteli, Mamuka (2008): Economic and energy security. Connecting Europe and the Black Sea-Caspian region. Washington, D.C, Nacka, Sweden: Central Asia-Caucasus Institute; Silk Road Studies Program, Institute for Security and Development Policy.

- Umbach, Frank: Interview mit Dr. Frank Umbach zu Fragen der Energiesicherheitspolitik S. 85 - 106. Hg. v. Reinhard C. Meier-Walser. München (Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung).
- Umbach, Frank (2008): ENERGIE UND EFFIZIENZ - Diversifizierung statt Protektorat; Energiepartnerschaft zwischen Russland und der EU. Auf den ersten Blick scheint Moskau der perfekte Energiepartner für die EU zu sein. Im Blick auf die Bezugsquellen gilt es, das Risiko zu streuen. Auf den Energiemix kommt es an. In: Die politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit 2008; Bd. 53. (466), S. S. 25-30.
- Umbach, Frank (2009): Motor oder Bremsklotz? Deutschland und die Energie(außen)politik der Europäischen Union. In: WeltTrends 17. Jahrgang (Nr. 66), S. 45–55.
- Umbach, Frank (2011): Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit. In: Thomas Jäger, Alexander Höse und Kai Oppermann (Hg.): Deutsche Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 370–393.
- Wengenmayr, Ronald (2009): Wasserkraftwerke. Fließende Energie. In: Erneuerbare energie. Alternative energiekonzepte für die. [S.l.]: Wiley-Vch Verlag GmbH, S. 26–30.
- Westphal, Kerstin (2006): Energy Policy between Multilateral Governance and Geopolitics: Whither Europe? In: Internationale Politik und Gesellschaft : IPG = International politics and society 2006 (4), S. 44–62.
- Zagorski, Andrei (2009): Konfliktursachen in Georgien. Die Mainstream-Vorstellungen in Russland. In: Erich Reiter (Hg.): Die Sezessionskonflikte in Georgien. Wien ;, Köln, Weimar: Böhlau.

## Internetquellen

- <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135830/themengrafik-energieimporte-der-eu-27>
- [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.4.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.3.pdf)
- <http://www.welt.de/politik/article2812583/Ukraine-und-Georgien-duerfen-vorerst-nicht-in-Nato.html>
- <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/08/MacFarlane-dt.pdf>
- <http://de.scribd.com/doc/20427542/Tagliavini-Report-Georgia-Volume-I>
- [http://ec.europa.eu/energy/renewables/doc/communication/2012/comm\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/renewables/doc/communication/2012/comm_de.pdf)
- [http://bankofgeorgia.ge/reports/give\\_green\\_light\\_to\\_water.pdf](http://bankofgeorgia.ge/reports/give_green_light_to_water.pdf)
- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708778.pdf>